

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.23 - 60. Jahrgang

27. November 2010



## Flugrouten: Suche nach verträglicher Lösung

**Das Thema Flugroutenplanung und die überraschende Feststellung, vom Fluglärm direkt betroffen zu sein, treibt die Menschen in Lichtenrade um. Aber auch der Norden von Mahlow und Großbeeren, große Teile von Teltow, Stahnsdorf und Kleinmachnow sowie Teile von Steglitz-Zehlendorf, Tempelhof-Schöneberg und Neukölln sind von den Vorschlägen der Deutschen Flugsicherung (DFS) zur Führung der Abflugrouten von der Nordbahn des Flughafens Berlin Brandenburg International (BBI) betroffen.**

Am Dienstag hatten die SPD Tempelhof-Schöneberg und die Abteilung Lichtenrade-Marienfelde zu einer öffentlichen Veranstaltung in den großen Saal des Gemeinschaftshauses in Lichtenrade eingeladen. Und die Menschen aus Lichtenrade und den umliegenden Berliner Ortsteilen und den Gemeinden südlich der Stadt kamen in großer Zahl. Im Mittelpunkt stand wegen der besonderen Betroffenheit von Lichtenrade der Start gen Westen von der Nordbahn des BBI. Bezirksbürgermeister Ekkehard Band erläuterte seine Anträge, die er in der Fluglärmkommission eingebracht hat: Sie sollen wieder einen Abflug geradeaus von der Nordbahn möglich machen. Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer betonte, dass ein gemeinsamer Kampf um die aus Lärmschutzgründen besten Flugrouten zu führen ist und dafür eine gemeinsame Strategie der Berliner Bezirksvertreter notwendig sei. **H.R./Foto: A. Haedke** □

Landesparteitag:

## „Ein neues Miteinander“

Klaus Wowereit: SPD stärkt den sozialen Zusammenhalt

„Berlin miteinander“ - das war die Botschaft der Berliner SPD auf ihrem Landesparteitag. Im Wahljahr 2011 will sie damit deutlich machen, um was es ihr geht: die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und darum, „das ganze Berlin voranzubringen“.

Klaus Wowereit nutzte seine Rede auf dem Parteitag auch, um die Erfolge der Arbeit in Erinnerung zu rufen: Berlin hat 29.500 zusätzliche Arbeitsplätze im Gesundheitssektor, 129.000 mehr Beschäftigte in der Dienstleistungsbranche, 750 neu angesiedelte Unternehmen, 14.000 neue Kita- und Krippenplätze, 7000 zusätzliche Plätze für Studienanfänger, 90 sanierte Sportanlagen, über 100 Kilometer neue Radwege. 90 Prozent der Menschen leben gern in dieser Stadt, so belegen es Umfragen. „Dieses Berlingefühl vertritt die Sozialdemokratie eindeutig“, sagte Wowereit.

Für die Wahlentscheidung im kommenden Jahr werden aber auch die Zukunftsperspektiven entscheidend sein, die die SPD entwickelt. Arbeit und Zusammenhalt sollen die beiden Säulen des Wahlprogramms sein, das jetzt entwickelt wird. Die



Hannelore Kraft und Klaus Wowereit auf dem Landesparteitag der Berliner SPD. Foto: Horb

SPD, so versicherte Klaus Wowereit auf dem Landesparteitag, werde weiter um jeden Arbeitsplatz kämpfen. Der erfolgreich eingeschlagene Weg dürfe nicht gefährdet werden. Das gilt auch für die Bildungspolitik, die eine wichtige Grundlage bildet.

Erste Beiträge von Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüssen zum Wahlprogramm werden im Januar veröffentlicht und dann diskutiert werden. Die Berliner Stimme wird über den Programmprozess ausführlich berichten. **BS** □

siehe auch S. 5-8

## SPD lehnt Zustimmung ab

Hartz-IV-Berechnung erneut verfassungswidrig?

**Die SPD fordert eine neue Grundlage für die Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze. Dem schwarz-gelben Gesetzentwurf will sie in der vorliegenden Form weder im Bundestag noch im Bundesrat zustimmen. Experten halten die Neuberechnung der Hartz-IV-Regelsätze durch die Bundesregierung für verfassungswidrig.**

In einem Vermittlungsverfahren will die SPD eine transparente Berechnungsgrundlage durchsetzen. Die Teilhabechancen von Kindern sollen vor allem durch eine verbesserte Infrastruktur erhöht werden: Das entsprechende Paket für ein warmes Mittagessen, den Besuch eines Sportvereins oder

einer Musikschule soll auch Familien zugute kommen, die Wohngeld erhalten.

### IN DIESER AUSGABE:

THIERSE ZUM WELT-AIDSTAG	S. 2
AWO- WIE GEHT ES WEITER?	S. 4
LEHREN DER FINANZKRISE	S. 12
SARRAZIN UND DIE SPD-WERTE	S. 13

Außerdem fordert die SPD ein vom Bund unterstütztes Programm für Schulsozialarbeit. Daneben setzt sich die SPD in den Verhandlungen auch für einen gesetzlichen Mindestlohn ein, um das Lohnabstandgebot durch höhere Löhne und nicht durch sinkende Sozialleistungen zu wahren. **BS** □

# Ermutigung zum Leben

## Wolfgang Thierse zum Welt-Aidstag

**Wolfgang Thierse ist neuer Schirmherr der ökumenischen AIDS-Initiative Kirche positHIV. Er übernimmt das Amt als Schirmherr in der Nachfolge der im März verstorbenen Politikerin Dr. Hanna Renate Laurien.**

„Als Christ und Sozialdemokrat gleicher-



Wolfgang Thierse ist Schirmherr der Initiative Kirche positHIV.

maßen halte ich es für wichtig, dass man Menschen mit Aids und HIV nicht voller Vorurteile gegenübertritt, sondern, dass man Vorurteile und Ängste abbaut und beseitigt: Menschen mit HIV und Aids sind Menschen wie du und ich. Sie verdienen den gleichen Respekt, haben die gleiche Würde wie alle anderen auch. Dafür will ich einstehen“, so Wolfgang Thierse. „Kirche positHIV kann durch Raum, Zeit und Gespräche in jenen Momenten helfen, in den Aids oder HIV besonders als Belastung erfahren wird, die lähmt, isoliert und die

gewissermaßen zu der physischen Infektion noch eine psychische hinzusetzt. Und da ist Ermutigung und Ermunterung zum Leben etwas sehr Wichtiges.“

Kirche positHIV wurde 1993 von der Pfarrerin Dorothea Strauss, Aids-Beauftragte der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, gegründet. Unterstützt wird sie vom Franziskanerpater Clemens Wagner sowie einem Team von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Kirche positHIV, die seit Bestehen mehrere Auszeichnungen erhalten hat, finanziert sich ausschließlich aus Kollekten und Spenden.

Zum Angebot von Kirche positHIV gehören Beratung, Gesprächsangebote für Kranke und ihre An- und Zugehörigen, Gottesdienste, Trauerbegleitung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Einzelfallhilfen. Kirche positHIV hat als Verein auch die Patenschaft für ein denkmalgeschütztes Grabmal übernommen, um Menschen, die an den Folgen von Aids verstorben sind, im Bedarfsfall eine würdige Bestattung zu ermöglichen und einen Ort des Gedenkens zu schaffen. **BS □**

**In einem Gottesdienst zum Welt-Aids-Tag, der am 28. November 2010 um 18.30 Uhr in der Kirche am Lietzensee, Herbartstraße 4-6 in Berlin Charlottenburg stattfinden wird, stellt sich Wolfgang Thierse als Schirmherr vor und wird die Kanzelrede zum Thema „Steh auf und iss“ halten.**



**Baustelle Charité:** Mit einem Besuch bei Berliner Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen informierten sich der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit und Bildungsminister Jürgen Zöllner am Donnerstag über den Einsatz der 143 Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm II. Von 158 Projekten aus diesem Bereich wurden 97 bereits fertig gestellt. **Foto: Horb**

### Finanzen:

## „Keine neuen Spielräume“

**Der Berliner Haushalt wird in diesem Jahr trotz erwarteter Steuerzuwächse mit einem Finanzierungsdefizit von rund 1.837 Mio. Euro abschließen. Das hat Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum jetzt mitgeteilt.**

Bislang musste von einem Haushaltsdefizit von rund 2,8 Mrd. € ausgegangen werden. Die insgesamt positive Entwicklung des Gesamthaushalts gegenüber den Planungsannahmen ist auf ein Einnahmeplus von insgesamt 1.090 Mio. Euro im Bereich der Steuern aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung sowie auf Sondereffekte in Berlin zurückzuführen. Daraus, so Nußbaum, ergeben sich jedoch keine neuen finanziellen Spielräume. **PM □**

# Kurzsichtige Entscheidung

## Kritik an Mittelkürzung für Städtebauförderung

**Es bleibt bei den von der schwarz-gelben Koalition beschlossenen Kürzungen der Städtebauförderung, insbesondere des Programms Soziale Stadt. In namentlicher Abstimmung lehnten die Abgeordneten von Union und FDP in dieser Woche einen Antrag der SPD ab, die Kürzung zurückzunehmen.**

Damit wird das Programm Soziale Stadt von 95 Millionen Euro auf 28,5 Millionen Euro reduziert. „Diese Entscheidung ist kurzfristig und verantwortungslos“, so Ellen Haußdörfer, stadtentwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus. „Sie gefährdet die gute Arbeit in den Quartieren. Mit den Geldern konnten viele wichtige Maßnahmen für die Stabilisierung finanziert werden.“ Die Städtebauförderung wird 2011 um 155 Millionen auf 455 Millionen Euro gekürzt. Am stärksten betroffen ist das Programm Soziale Stadt, das zugleich auf bauliche Maßnahmen beschränkt werden soll. Haußdör-

fer: „Das DIW hat errechnet, dass jeder Euro, der in Städtebauförderung investiert wird, 8 Euro weitere Investitionen nach sich zieht. Mir ist schleierhaft, warum sich die Berliner Abgeordneten von CDU und FDP nicht gegen diesen fatalen Kurs gestellt haben. Das ist ein Schlag ins Gesicht für all diejenigen, die in den vergangenen 10 Jahren im Rahmen von Sozialer Stadt in ihren Stadtteilen mitgearbeitet haben.“

Auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Swen Schulz kritisierte die Entscheidung scharf: „Die Modellversuche, mit denen seit 2006 in Soziale Stadt-Gebieten Spracherwerb, Freizeit- und Bildungsangebote und die lokale Ökonomie gefördert werden, streicht die Regierung. Die Abgeordneten von Union und FDP, die dies mittragen, werden den Bürgermeistern, den Quartiersmanagern und den Menschen in ihren Wahlkreisen erklären müssen, warum erfolgreiche Soziale Stadt-Projekte nun vor dem Aus stehen.“ **BS □**

## POLITIK PERSÖNLICH

**Gabi Gebhardt**, ehemalige Kreisvorsitzende der Neuköllner Grünen und Mitglied der Grünen-Fraktion in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung, legt zum 30. November 2010 ihr Mandat in der Bezirksverordnetenversammlung nieder und tritt in die SPD ein. **PM □**

### Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin  
**Verlag:** wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

**Aboservice:** Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

**Druckerei:** KORRekt Mailingservice Berlin

Sicherheit:

# „Dialog ist Prävention“

## Innensenator Körting: Akzeptanz stärken, Ausgrenzung verhindern

**Absperrgitter rund um den Reichstag und erhöhte Sicherheitsmaßnahmen auf Flughäfen und Bahnhöfen: Die Bedrohung durch Terrorismus wird ernst genommen. Über die aktuellen polizeilichen Maßnahmen hinaus aber muss es auch um Vorbeugung gehen: „Wichtig ist der Dialog mit allen, die nicht gewaltbereit sind“, sagt Berlins Innensenator Dr. Ehrhart Körting.**

Pauschallösungen zur Verhinderung von Radikalisierung gebe es nicht, so der Innensenator auf einem Symposium des Berliner Verfassungsschutzes zum Thema „Islamismus: Prävention und Deradikalisierung“ in dieser Woche. Die Einflussfaktoren seien vielfältig. Körting: „Es gibt keine eindeutigen Muster, keine klar identifizierbaren Gruppen.“ Für die Sicherheitsbehörden gehe es um die „Reparatur einer Fehlentwicklung.“ Wichtig sei vor allem die Prävention: „Erst einmal müssen wir muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger, ihre Gemeinden, Vereine und Organisationen in unserer Gesellschaft nicht nur tolerieren, sondern akzeptieren. Niemand dürfe ausgegrenzt werden. „Dies bedeutet, auf Mitmenschen aus anderen Kulturkreisen und mit anderem religiösen Hintergrund zuzugehen“, so Körting.

Mit einer gesetzlichen Stärkung der Befugnisse der Sicherheitsbehörden ist in den vergangenen Jahren vor allem die repressive Seite gestärkt worden, erläutert die Leiterin des Berliner Verfassungsschutzes



Ziel kann nicht eine Bewachung rund um die Uhr sein - mehr Prävention ist notwendig.

Claudia Schmid. „Effektiver als jede Reaktion ist jedoch die Prävention. Hier müssen wir in den nächsten Jahren unsere Arbeit noch intensivieren“, so Schmid. Probleme bereiteten den Behörden der so genannte „homegrown terrorism“. „Dabei handelt es sich meist um Einzelpersonen und Kleingruppen, von denen allerdings eine umso größere Gefährdung ausgeht. Oft sind dies Muslime der zweiten und dritten Einwanderergeneration und – zwar in geringerer Zahl, aber zunehmend – Konvertiten.“

Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, dass sich die radikalisierten Jugendlichen etwa in den Niederlanden inzwischen nicht mehr über ihre Herkunft identifizieren, sondern über ihre Religion. Vor allem Muslime der zweiten Generation suchten zum Teil im Salafismus, also in der strikten Auslegung des Islam, die Festigkeit und Si-

cherheit, die sie in ihrem „normalen“ Leben nicht finden.

Radikalisierung entstehe „nicht im luftleeren Raum“. Oft handele es sich um einen Prozess, der zwar nicht im Verborgenen bleibt, aber „häufig erst im Nachhinein“ erkannt würde. Es handele sich nicht um einen Prozess, der einem Automatismus folge. Vor allem in der Jugendarbeit sei es auch wichtig, die Betroffenen ernst zu nehmen.

Er habe es vor allem mit stark emotionalisierten Jugendlichen zu tun, die von der Politik der westlichen Welt enttäuscht seien, berichtete der Leiter der Active Change Foundation aus London, Hanif Qadir. Es gehe vor allem darum, deren Argumente zunächst zu verstehen, um darauf mit „den richtigen Botschaften“ eingehen zu können. Seine Stiftung „strecke den jungen Menschen die Hand aus“ und nehme sie ernst. Dabei gehe es gar nicht zwangsläufig immer um potenzielle Radikalisierungskarrieren, sondern es gehe auch darum, sie vor dem Abdriften in die Kriminalität zu bewahren.

Wie lange die zusätzlichen Sicherheitsvorkehrungen aufrecht erhalten werden, ist noch nicht absehbar. Derzeit wird auch mit Rückkehrern aus Trainingslagern islamistischer Gruppen gerechnet. Auch hier, so Innensenator Körting, sei nicht jeder von vornherein ein möglicher Gefährder. Mancheiner käme auch „desillusioniert“ zurück. **BS □**

# „Energiefreundliche Mobilität“

## Stefan Zackenfels unterwegs im Wasserstoff-/Brennstoffzellen-Leihwagen

**Seinen Stadtteiltag am 22. November in seinem Wahlkreis in Friedrichshain-Kreuzberg nutzte der SPD-Abgeordnete Stefan Zackenfels zur Werbung für umweltfreundliche Energien. Die zahlreichen Termine an diesem Tag, die der Begegnung und dem Gespräch im Wahlkreis dienen, absolvierte er in einem Wasserstoff-/Brennstoffzellen-Leihwagen der Firma TOTAL Deutschland GmbH. Damit wollte er deutlich machen, dass energiefreundliche Mobilität Teil seiner Vorstellung einer Stadt der Zukunft ist.**

„Wasserstoff ist umweltfreundlich in Herstellung und Verbrauch.“, so Zackenfels. „Dewegen wünschte ich mir mehr Unterstützung für diese Energietechnik, gerade und vor allem seitens der Berliner Verkehrsbetriebe, die ihr Projekt Wasserstoffbusse zu schnell wieder aufgegeben ha-



Stefan Zackenfels (r.) vor dem Wasserstoff-Leihwagen in Kreuzberg zusammen mit der Bundestagsabgeordneten Eva Högl und Unterstützern.

ben. Hier gäbe es auch Fördermittel des Bundes (BMVBS), die die Umweltverwaltung des Landes offenbar nicht abrufen!“

Wasserstoffbusse sind auch wichtig im Zusammenhang mit den Plänen am BBI, dem neuen Flughafen der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg. So wird TOTAL dort die Tankstelle der Zukunft errichten, an der - neben Benzin und Diesel - auch Erdgas, Strom und eben „grüner“ Wasserstoff getankt werden kann. Dieser wird mit Windkraft per Elektrolyse hergestellt.

Stefan Zackenfels: „Am BBI konnte TOTAL bisher Unterstützung seitens des Landes Brandenburgs erfahren, doch Berlin zeigt sich wenig interessiert. Dabei wird es an der Tankstelle einen Showroom zu Wasserstoff geben. Auch die Muttergesellschaft in Paris unterstützt dieses einmalige Pilotprojekt. Hier könnte Berlin sich als Vorreiter positionieren. Denn TOTAL zeigt seit Jahren, dass Wasserstoff eine Alternative im Bereich Mobilität darstellen kann.“

**PM/BS □**

AWO Berlin:

# Die Solidarität macht Mut

## Eine Lösung für die Altschulden der AWO ist in Sicht

Landläufig besiegeln Insolvenzverfahren ein Ende. Bei der Berliner Arbeiterwohlfahrt ist in diesen Wochen jedoch viel von Anfang die Rede. Am 15. November hatte der Landesverband Insolvenz angemeldet, kurz darauf drei seiner Tochtergesellschaften. Ziel ist eine realistische Lösung für die Altschulden der AWO aus den achtziger Jahren. Und eine Woche später tritt der Insolvenzverwalter tatsächlich vor die Presse und verkündet, dass der Gläubigerausschuss die Fortführung der AWO-Einrichtungen beschlossen hat.

Am Alltag für die Bewohner und Patienten wird sich nichts ändern. Die Löhne der Mitarbeiter sind sicher. Rechtsanwalt Joachim Voigt-Salus wirkt in seiner Funktion als Insolvenzverwalter wirklich nicht wie ein Bestatter. Kompliziert sei so ein Verfahren, aber die finanzwirtschaftliche Bereinigung ist seiner Ansicht nach hinzukriegen. „Wir haben genug Liquidität in den Einrichtungen, um alles fortzuführen.“

Optimistisch hatte die ganze Geschichte auch begonnen. In den achtziger Jahren. In Westberlin. Einer Stadt, die - damals unter Schutz gestellt - der Wirklichkeit der freien Märkte so weit entrückt war, dass Kredite schließlich wie Geschenke behandelt wurden. Damals hatte die AWO gebaut, was gebraucht wurde. Heime für Kranke, die ein Bett benötigten und Pflege. Das Geld kam von der Bank. Komplette ohne Eigenmittel, Kredite mit minimaler Tilgung. Geborgt für die Ewigkeit. Dass diese 35 Millionen Euro, die heute in den Büchern stehen, irgendwann absehbar bezahlt werden könnten, kann auch damals niemand wirklich ge-



Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt: Der Betrieb geht weiter.

glaubt haben. Weder die Bauherren noch die Banken.

Die Mauer ist gefallen, Geschenke haben sich zurückverwandelt in Kredite. Die Heime aus den Achtzigern sind noch da. Nur die Millionen, die verbaut wurden, sieht man ihnen nicht mehr an. Und die AWO soll zahlen. Und sie muss eigentlich gleichzeitig renovieren. Und sie will ihre Mitarbeiter weiter nach Tarif bezahlen. Ihre Ansprüche an die Qualität der Pflege sind hoch. Jahrelang wird über eine Lösung verhandelt. Im Grunde über die Frage, wie viel der Verbindlichkeiten die Banken sich selber zu- oder letztlich abzuschreiben haben.

In diesem Herbst war der Optimismus erstmal aufgebraucht. Auf der einen Seite steht der Schuldenberg, auf der anderen Seite läuft der Betrieb in den Einrichtungen. Die Häuser haben einen guten Ruf. Auch der Insolvenzverwalter sieht das so.

„Die AWO ist ein sehr arrivierter, professioneller Wohlfahrtsverband.“ Aber dazwischen klafft eine Lücke. Der Berg produziert Kosten, die Einrichtungen verdienen nicht genug Geld, um sie zu bedienen. Finanztechnisch heißt das Überschuldung.

Die Reißleine ist gezogen. Im Insolvenzverfahren kommen alle Gläubiger an den Tisch. Banken und AWO müssen nicht alleine bluten. Restrukturierungen gehen unter diesen Umständen einfacher. Es gibt weniger Regeln, es müssen nicht mehr tausend Einzelinteressen beachtet werden, es gibt weniger Denkverbote. „Jetzt müssen alle verzichten“, sagt Insolvenzverwalter Voigt-Salus, „jetzt geht es bei allen an die Schmerzgrenzen.“ Am Ende jedoch, daran lässt er keinen Zweifel, geht es weiter. „Der Betrieb geht weiter. Eine Lösung für die Altschulden ist in Sicht.“

„Unser Kapital ist die Qualität unserer Einrichtungen, die gute Arbeit der Kolleginnen und Kollegen, das Vertrauen der Bewohner und der Angehörigen“, sagt Jürgen Brockmeyer, der den Bereich Krankenhaus und Pflege bei der AWO leitet. Er hat einen dicken Ordner vor sich auf dem Tisch. Das Sanierungskonzept für Landesverband und Unternehmen. Danach würde sich die AWO von Immobilien trennen und weitere Investoren ins Boot holen. „Uns muss man nicht überzeugen, dass sich gute Soziale Arbeit auch rechnen muss. Wir haben uns selbst schmerzhaft Einschnitte verordnet. Unser Konzept ist ein realistischer Kompromiss.“ Brockmeyer hofft, viel davon schließlich im Insolvenzplan wiederzufinden. Gemeinsam mit Joachim Voigt-Salus will der AWO Landesverband nun wieder auf einen guten, finanziell abgesicherten Weg kommen. Neben den vorsichtig optimistischen Prognosen des Insolvenzverwalters macht dabei vor allem eines Mut: die Solidarität der Arbeitnehmer/innen und Mitglieder. **Carsten Tesch** □

## Angebote für alle Generationen

### Im Allendeviertel entsteht rund um eine Kita ein Wohngebietszentrum

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Swen Schulz hat sich bei einem Besuch des Allende-Viertels in Treptow-Köpenick für stärkere Bildungsanstrengungen im Kampf gegen Kinderarmut ausgesprochen.

In der Kita „Amtsfelder Knirpse“ informierte sich Swen Schulz über die Pläne, in den angrenzenden Räumen mit generationenübergreifenden Sportangeboten, einem Café, Renten- und Sozialberatung sowie Spielenachmittagen ein Wohngebietszentrum entstehen zu lassen.

Swen Schulz ist stellvertretender bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Er betonte bei seinem Besuch, dass Sozial-, Bildungs- und Integrati-



Swen Schulz mit Grit Rohde, Leiterin des Wohngebietszentrums und Tom Schreiber, Mda.

onspolitik ineinandergreifen müssen. Deshalb seien solche übergreifenden Angebote wie im Wohngebietszentrum im Allende-Viertel so wichtig. Ziel müsse es zudem sein, das Recht auf Bildung zu garantieren – und zwar für alle. In den vergangenen Jah-

ren wurden die Kitas deshalb bereits zu stärkeren Bildungseinrichtungen umgebaut. Schulz sprach sich deshalb klar gegen das von der schwarz-gelben Bundesregierung geplante Betreuungsgeld für Kinder aus, die nicht in eine Kita gehen. Das würde dazu führen, dass eine Herausnahme der Kinder aus der Kita auch noch mit Geld belohnt werde. Kitas als Bildungseinrichtungen sind aber für jedes Kind wichtig. Er begrüßte es daher, dass der Berliner Senat den Kitabesuch für jedes Kind kostenlos anbieten wird. Swen Schulz forderte, die bestehenden Bildungsangebote weiter zu verbessern und sie kostenlos anzubieten. Deutschland müsste dafür jedes Jahr 20 Milliarden Euro mehr aufwenden. **PM** □

Landesparteitag:

# „Ein neues Miteinander schaffen!“

Klaus Wowereit: Stolz sein auf das Erreichte - Vertrauen für künftige Aufgaben gewinnen

„Ein neues Miteinander für die ganze Stadt“ - dieses Ziel hat Klaus Wowereit in seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede auf dem SPD-Landesparteitag beschrieben. „Wir kämpfen für das soziale Miteinander“, sagte Klaus Wowereit. Und: „Wir können stolz sein auf das, was wir geleistet haben.“ Die Berliner Stimme dokumentiert Auszüge aus der Rede.

Berlin miteinander: Ja, das ist das Motto, mit dem die Sozialdemokratie in die Herausforderung gehen wird. Die Berlinerinnen und Berliner erwarten von der Politik die Lösung ihrer Probleme, und genau daran arbeiten wir, die Sozialdemokratie in dieser Stadt!

Unsere Arbeit ist erfolgreich. Wir können stolz auf das Erreichte zurückblicken. Wir haben euch auch eine Leistungsbilanz vorgelegt. Wenn man die liest, dann wird man beeindruckt sein von dem, was sich hier alles ereignet hat. Ich glaube, dass hier eine Basis dafür da ist, um Vertrauen zu gewinnen für zukünftige Aufgaben. Und nicht nur zurück zu schauen, sondern auch nach vorne zu schauen und deutlich zu machen, worauf wir auch in den nächsten fünf Jahren aufbauen wollen in der nächsten Legislaturperiode.

## 2001: DIE STAGNATION WURDE BEENDET

Wir müssen uns natürlich erinnern an das Jahr 2001: Es lag ein Mehltau über Berlin, ein Gefühl der Stagnation, und Richtungslosigkeit machte sich breit. Das konnte man spüren, und das war nicht nur durch die Bankenkrise, sondern das kam durch eine verfehlte Politik, die hier in Berlin deutlich zu spüren war. Die Berliner Wirtschaft hat einen dramatischen Strukturwandel hinter sich gebracht. Der Verlust von Zehntausenden von industriellen Arbeitsplätzen ging einher mit unglaublichen sozialen Verwerfungen. Die öffentliche Verschuldung war stark gestiegen. Ich darf daran erinnern, dass wir Defizite hatten in einer Größenordnung von weit über fünf Milliarden, Tendenz steigend. Die Verschuldung drohte in den Szenarien auf fast hundert Milliarden Euro anzuwachsen. Das war die Situation, in der wir uns befunden haben. Zugleich zerplatzte mit der Krise der Bankgesellschaft auch alle halbschweren Träume und Visionen der 90er Jahre, die völlig jenseits jeder realistischen Einschätzung lagen.

Wir haben damals gesagt: Diese Stadt braucht einen Mentalitätswechsel, und



Nach seiner Parteitage Rede: Klaus Wowereit.

Foto: Horb

zwar auf allen Ebenen unserer Gesellschaft, weil sich alle eingerichtet haben auf eine Insel- und Subventionsmentalität.

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr könnt euch noch erinnern: Auch in unseren eigenen Kreisen war es überhaupt nicht einfach, diesen Wechsel herbei zu führen. Aber wir haben erkannt, dass er alternativlos ist. Deshalb sind wir mutig vorgegangen, haben uns erst mal selber reformiert und dann die ganze Stadt. Darauf sind wir stolz und können stolz sein!

Und es war auch erfolgreich. Das konnte man am Anfang nicht sehen. Die Frage, wo das Licht am Ende des Tunnels ist, war doch eminent! Lohnt es sich überhaupt, einen Strukturwandel zu machen? Ist es nicht eine mission impossible, hier etwas in Ordnung zu bringen? Können wir das alleine? Ja, liebe Genossinnen und Genossen! Wir können das alleine – nicht alleine als Politik, sondern alleine auch als Stadt mit den Menschen zusammen schaffen. Das war die Aufgabe, die vor uns lag.

Wenn wir heute durch die Stadt gehen und sehen, welche Dynamik in dieser Stadt steckt, was passiert ist in den letzten Jahren, wie sich diese Stadt verändert hat, wie Neues entstanden ist, wie sich in allen Bereichen eine Kreativität entwickelt hat, dann können wir doch wirklich sagen, es ist unheimlich viel geleistet worden! Das hat man dieser Stadt nicht zugetraut. Das hat man auch dieser rot-roten Koalition nicht zugetraut. Wir haben alle Lügen gestraft, die uns das nicht zugetraut haben. Wir haben diese Stadt aufgebaut und wesentlich verändert.

Wie sind wir belächelt worden, als wir gesagt haben: Berlin muss die Stadt der Kreativen werden! Berlin muss die Stadt

der Mode werden! Da haben alle gesagt: Habt ihr ein Rad ab? Das kann nie funktionieren, das sind Wunschträume! Und heute? Wir haben geschafft, dass Berlin die Hauptstadt der Kreativität geworden ist.

Nicht nur, dass wir Preise dafür bekommen, sondern dies ist ein harter Wirtschaftsfaktor. Da werden Hunderttausende von Arbeitsplätzen generiert. Das ist nicht nur nice to have und schön, sondern das bringt Produktivität und Arbeitsplätze in diese Stadt.

## AUFSCHWUNG FÜR BERLIN

Wir haben auf die Gesundheitswirtschaft gesetzt und auch auf Dienstleistung. Dienstleistung war etwas Verpöntes! Ja, liebe Genossinnen und Genossen, wir brauchen Arbeitsplätze auch im Dienstleistungsbereich. Das ist auch eine Zukunft für eine große, internationale Metropole. Wir brauchen einen Mix von industriellen und Dienstleistungsarbeitsplätzen. Wir können stolz darauf sein, dass wir im Bereich der Gesundheitswirtschaft und der Dienstleistung auch dort allein zehntausende neue Arbeitsplätze geschaffen haben – eine großartige Leistung.

Wir haben auch auf Neuansiedlung gesetzt, beispielsweise auf die Ansiedlung von Pfizer, die von Karlsruhe nach Berlin gekommen sind, oder Universal, oder Solon und anderen Unternehmen. Die haben deutlich gezeigt, dieser Standort ist attraktiv, und immer mehr Unternehmen erkennen, dass es für sie selber wichtig und notwendig ist, in Berlin zu investieren und hier ihre Zukunft zu sehen und zu gestalten. Deshalb können wir zufrieden sein,

**Fortsetzung Seite 6**

**Fortsetzung von Seite 5**

dass viele Unternehmen in den vergangenen Jahren gesagt haben: Wir siedeln uns bewusst in Berlin an. Ohne diese Tatkraft, diesen Mut und Kenntnisgewinn bei den Unternehmen hätte es den Aufschwung in Berlin nicht gegeben.

Da steht es: Allein in den letzten vier Jahren seit 2006 sind 100.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Liebe Genossinnen und Genossen, wir versprechen keine Arbeitsplätze, wir schaffen Arbeitsplätze in dieser Stadt!

Berlins Wirtschaft wächst wieder, Gott sei Dank! Die Wissenschaft ist in Berlin zum Leuchtturm geworden. Allein seit 2006 haben wir 7.000 neue Studienanfängerplätze bereitgestellt, und es wurden seit 2001 mehr als 450 Professorenstellen neu geschaffen!

Wir haben gesagt, wir machen beides im Bereich der Wissenschaft: wir investieren erstens in ein breites Angebot für Studienanfänger. Wir können nicht den Lehrermangel bemängeln, wenn wir nicht vorher genügend Studien- und Referendariatsplätze zur Verfügung stellen. Aber wir wollen zweitens auch, dass Berlin zur Exzellenzstadt wird in Wissenschaft und Forschung, um zukunftsfähig zu sein. Deshalb war es richtig, dass Jürgen Zöllner auch gegen massive Widerstände Einzelner die Einstein Stiftung durchgesetzt hat. Das war nicht gegen die Universitäten, nicht gegen die Einrichtungen, sondern das war für eine Flexibilität in einem Wissenschaftsbereich, der auch manchmal ein schwerer Tanker ist. Wir brauchen diese Flexibilität! Wir brauchen dieses Bekenntnis zur Exzellenz. Jürgen Zöllner ist mutig vorangegangen und es ist schon jetzt erfolgreich und wird noch erfolgreicher werden!

**PASSIERT IN BERLIN WIRKLICH ZU WENIG?**

Manche sagen nun, es passiert zu wenig. Na ja, das kann man als Opposition natürlich immer sagen. Aber ist denn das wirklich auch das Gefühl der Bürgerinnen und Bürger, der Berlinerinnen und Berliner, wenn sie durch ihre Stadt gehen? Im Gegenteil! Wir haben hier doch alle zusammen fast 20 Jahre lang auf einer riesigen Baustelle gelebt! Und wenn ich montags früh ins Präsidium komme und Hannelore sagt: Sage mal, bei euch ist ja schon wieder eine Straße in Arbeit, eine neue Brücke wird da gebaut!, dann sage ich: Ja, tut mir leid, aber das ist ein Zeichen von Wachstum, dass wir investieren in die Zukunft. Investieren, ohne dass es einer merkt, das geht selbst in dieser Stadt Berlin nicht!

Vielleicht könnte man ja, wenn man das alles so miterlebt, vor allem, wenn man auch Gäste aus dem Ausland bekommt oder aus anderen Regionen Deutschlands,



*Berlin miteinander: Delegierte auf dem Landesparteitag.*

*Foto: Horb*

die sagen: Mensch, was hat sich hier in dieser Stadt doch alles toll entwickelt!, vielleicht könnte man da ja mal im Stillen Kämmerlein sagen: Na, da kann man doch nicht meckern!

**HAUPTSTADT DER FAMILIEN UND KINDER**

Zum Erreichen zählt auch, dass wir in Berlin zur Hauptstadt der Familien und Kinder geworden sind. Berlin steht bundesweit an der Spitze, wenn es um die Versorgung mit Kitaplätzen geht. Allein seit 2001 haben wir zusätzlich 14.000 Krippen- und Kitaplätze geschaffen. Derzeit stellen wir unter enormen finanziellen Kraftanstrengungen 1.800 neuen Erzieherinnen und Erzieher ein, und das alles ohne Bildungsgebühren, sei es in der Kita oder an den Universitäten. Wir sind alle gemeinsam stolz darauf, dass wir für Kitas ab dem 1. Januar keine Gebühren mehr haben. Das entlastet die Familien in dieser Stadt, und das ist auch ein aktiver Beitrag für die Familien mit mittleren Einkommen. Die dürfen wir auch nicht vergessen bei allen sozialen Leistungen, die wir machen. Auch denen geht es nicht gut! Auch die brauchen eine Entlastung! Und dafür stehen wir als SPD.

Schauen wir mal kurz nach Hamburg, zur dortigen Schwarz-Grünen Koalition: Dort gibt es nicht nur nachgelagerte Studiengebühren, sondern es wurden auch gerade die Kitagebühren erhöht. Das ist eine fatale Politik einer Schwarz-Grünen Regierung, und auch daran soll man sich mal orientieren, wenn man bestimmte Bündnisse so toll findet. Hier wird deutlich, was dabei rauskommen kann.

Wir als SPD stehen ganz eindeutig zur Gebührenfreiheit für Bildung, und zwar in allen Bereichen. Dies ist durchgesetzt wor-

den, das war nicht leicht! Es war ja bei uns auch ein bisschen umstritten: Ist es richtig, das zu machen? Sollten wir nicht vorher in die Qualität investieren? Ja, liebe Genossinnen und Genossen, es ist aber keine Alternative. Man muss beides machen! Und wir haben bewiesen, dass auch beides geht. Das ist die sozialdemokratische Antwort darauf!

Gerade am 3. Oktober haben wir 20 Jahre Einheit gefeiert, und im letzten Jahr haben wir uns an 20 Jahre Mauerfall am 9. November 1989 erinnert. Das war ein bewegender Moment letztes Jahr. Die Emotionalität hängt in Berlin sehr stark mit dem Mauerfall zusammen. Es ist doch ein Riesenerfolg, dass wir heute wie selbstverständlich über Berlin reden, und nicht mehr über Ostberlin oder Westberlin.

**SOZIALDEMOKRATIE VERTRITT ALS EINZIGE DAS BERLINGEFÜHL**

Und dieses Berlingefühl vertritt die Sozialdemokratie als einzige Partei in dieser Stadt! Alle anderen setzen einseitig auf eine Karte.

So soll sich Berlin auch künftig entwickeln. Die Grundlagen sind in den letzten zehn Jahren geschaffen worden. Die Stadt soll nicht durch waghalsige Experimente und undurchdachte Visionen in die Zeit von vor 2001 zurückfallen. Das ist unsere Leitlinie, und dafür werden wir stehen. Wir werden eine realistische Politik für alle Menschen in dieser Stadt machen – nicht nur für eine einzelne Klientel, sondern für die ganze Stadt! Jeder ist hier willkommen und jeder wird mit uns auf den Weg genommen in eine bessere Zukunft, liebe Genossinnen und Genossen.

**EIN MITEINANDER FÜR DIE GANZE STADT**

Und dabei kämpfe ich für ein neues Miteinander in Berlin, ein neues Miteinander für die ganze Stadt. Wir als SPD betrachten Lichtenberg, Neukölln und Schöneberg und natürlich die ganzen anderen Bezirke nicht als Einzelbezirke, sondern als Teile einer Stadt, die zusammenhalten sollen. Berlin hat eine sehr starke Kiezstruktur und Berlin unterscheidet sich. Wir wollen diese Vielfalt auch haben und leben. Das ist für den Senat oft sehr schwierig, weil es da auch Interessenskonflikte gibt, aber ich sage auch ganz deutlich: Wir bekennen uns zu dieser Zweigliedrigkeit der Verwaltung in Berlin. Ohne starke Bezirke würde es kein starkes Berlin geben, liebe Genossinnen und Genossen.

Mit uns wird es aber vor allen Dingen keine Klientelpolitik geben, sondern eine Politik der Solidarität. Wir wollen nicht, dass eine Politik der Ellenbogen und des Egoismus in Berlin eine Chance hat. Ich will

**Fortsetzung von Seite 6**

weiter Verantwortung für das ganze Berlin tragen und nicht nur für Teile dieser Stadt. Das ist die sozialdemokratische Idee von einer solidarischen Stadt.

Unser Zukunftsentwurf lautet, dass wir eine offene Stadt wollen, dass wir Spaltung bekämpfen und den sozialen Zusammenhalt stärken wollen. Berlin ist reich an Ideen, aber diese Ideen müssen auch umgesetzt werden, und dabei braucht man eben auch harte Arbeit und Durchsetzungskraft.

**SCHWERPUNKTE IN DER WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG**

Berlin hat mutig und entschlossen Schwerpunkte in der Wirtschaftsförderung gesetzt und auch durchgehalten. Das gilt es fortzuführen. 2001 wurden wir noch belächelt, als wir konsequent in die Kreativwirtschaft investiert haben. Heute ist Berlin Deutschlands Kreativhauptstadt mit mehr 220.000 Arbeitsplätzen in diesem Sektor.

Da sind natürlich die großen Verlagshäuser dabei, aber da sind eben auch viele kreative Kleinunternehmen mit zwei, drei Mitarbeitern dabei, die weitere Arbeitsplätze schaffen.

Wir freuen uns, dass die Deutsche Gramophon von Hamburg nach Berlin gezogen ist. Und auch der Umzug von Suhrkamp von Frankfurt nach Berlin war ein Erfolg. Tut mir leid für Frankfurt, aber Suhrkamp ist in Berlin gegründet worden. Und ohne die widernatürliche Teilung dieser Stadt, ohne die Folgen des Zweiten Weltkrieges wären sie auch immer in Berlin geblieben. Auch das gehört zur historischen Wahrheit.

Wir setzen aber nicht nur auf Kreativwirtschaft und Dienstleistung, sondern auch der Umbau der Berliner Industrie ist uns ein Herzensanliegen. Wir sind Standort für Zukunftsindustrien und Technologien; Produkte von Siemens, Daimler, BMW oder Solon sind Exportschlager. Im Steuerungskreis Industriepolitik arbeiten wir mit den Gewerkschaften, den Kammern und Unternehmensverbänden zusammen, damit mehr industrielle Arbeitsplätze in Berlin entstehen.

Ich bin für den DGB Doro Zinke dankbar und auch Christian Hossbach, und natürlich auch den Kammern und Unternehmerverbänden, dass wir gemeinsam dort versuchen, positive Dinge auf den Weg zu bringen. Wie wir wissen, ist das nicht immer ganz leicht, Interessengegensätze auszugleichen, aber diese Arbeit lohnt sich und deshalb bin ich dankbar, dass wir da an einem Strang ziehen. □

➔ Die vollständige Rede zum Anhören und Nachlesen und viele Videoausschnitte unter [www.klaus-wowereit.de](http://www.klaus-wowereit.de)



*Hat deutliche Kritik an der Bundesregierung: Christian Hoßbach, stellvertretender Vorsitzender des DGB Berlin-Brandenburg. Foto: Horb*



*Zusammenhalt nach innen wie nach außen: Michael Müller, Hannelore Kraft, Klaus Wowereit. Foto: Horb*

**Landesparteitag:****„Das unterscheidet uns“****Michael Müller und Hannelore Kraft: Mehr Zusammenhalt**

**„Die SPD steht für die menschliche Metropole. Wir wollen eine Stadt, die für die Menschen da ist“, sagte der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller zur Eröffnung des Landesparteitags der Berliner SPD im Seminaris-Hotel. „Wir stärken den Zusammenhalt. Das unterscheidet uns von vielen anderen.“**

Bei ihren Stadtteiltagen und auf den Ideenkonferenzen habe die SPD viel Kontakt mit den Berlinerinnen und Berlinern gehabt. „Und sie erwarten viel von uns als der politisch führenden Kraft“, so Müller.

Kritisch setzte sich der SPD-Landesvorsitzende mit den bisherigen Ankündigungen der grünen Spitzenkandidatin auseinander. Es gebe eine Bundestagsabgeordnete, die feststelle, dass es in Berlin zu wenig Kitaplätze, zu wenig Beamte und schlechte Schulen gebe, so Müller. Und dann sage sie in einem Interview: Berliner, ihr müsst euch mehr anstrengen. Daran zeige sich, so Müller, dass sie „sehr lange sehr weit weg gewesen“ sei. „Sie hat nicht mitbekommen, dass die Berlinerinnen und Berliner sich angestrengt haben.“

Müller verwies auf den Solidarpakt, auf die Belastung der Mitarbeiter bei der Polizei, auf die Erzieherinnen und Erzieher, die jeden Tag mehr machen, als sie müssten, auf die Unternehmer, die sich über die Maßen engagiert haben, auf die Handwerksbetriebe, die die Last der Ausbildung tragen, auf die Migranten, die diese Stadt unterstützen. „Sie alle haben es nicht nötig, Nachhilfe zu bekommen“, so Michael Müller.

**HANNELORE KRAFT: DIE SPD IST WIEDER DA**

Vor der SPD liegen auch weiter große Aufgaben, erklärte Hannelore Kraft, nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin und stellvertretende SPD-Vorsitzende, in

ihrem Grußwort auf dem Landesparteitag der Berliner SPD. „Wer außer uns soll dafür sorgen, dass es mehr Miteinander gibt?“

Hannelore Krafts Botschaft: „Die SPD ist wieder da.“ Die Berliner SPD könne mit Zuversicht in den Wahlkampf gehen, sie stehe für den sozialen Zusammenhalt. „Lasst Euch nicht kirre machen, Kopf hoch, Brust raus - für diese Inhalte gibt es eine große Mehrheit in Deutschland.“

„Bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt und nicht der Markt, rief Hannelore Kraft den Berliner Landesparteitagsdelegierten zu.

Die Berliner SPD habe in Berlin viel Nachahmenswertes geschaffen, etwa bei der Versorgung mit Kitaplätzen. Dankbar sei sie Klaus Wowereit und der Berliner SPD auch dafür, dass sie stets gegen die Einführung von Studiengebühren gekämpft habe. „Ihr habt sie gar nicht erst eingeführt, wir sind dabei, sie wieder abzuschaffen.“

**DGB-KRITIK AN SCHWARZ-GELB**

Scharfe Kritik übte der stellvertretende Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg Christian Hoßbach an der Politik der Bundesregierung. „Wir brauchen einen starken Bundesrat als Gegengewicht zu dieser schwarz-gelben Bundesregierung“, sagte Hoßbach. „Diese Bundesregierung betreibt eine Politik, die so einseitig und so falsch ist wie selten zuvor. Nur ein paar Schlaglichter: Eine Milliarde für die Hotels, so fing das Jahr an. Und es wurde nicht besser. Die Hälfte von dem Hotelier-Geschenk für Kinder im Hartz IV - Bereich, und davon gibt es ein paar tausend Mal so viele. Die Parität bei den Krankenkassen - auf den Müllhaufen der Geschichte. Aber die Privaten Krankenversicherungen noch stärker bevorzugen als bisher. Ein wahnwitziger Atomabschluss. Energiepolitisch völlig daneben - und zig Milliarden in Richtung Konzerne verschoben.“ **U.H. □**

Beschlüsse:

# Verlässliche Vorsorge

## Landesparteitag verabschiedet Anträge zur Daseinsvorsorge und Industriepolitik

**Daseinsvorsorge und neue Industrialisierung - nach intensiver Debatte im Vorfeld hat die Berliner SPD dazu auf ihrem Landesparteitag am 13. November Beschlüsse gefasst.**

Die Berliner SPD strebt den Rückerwerb der 1999 veräußerten Anteile an den Wasserbetrieben an. Das hat sie in einem Antrag bekräftigt. „Weder die 1999 erfolgte Teilprivatisierung noch die damalige Vertragskonstruktion sind aus heutiger Sicht vertretbar“, heißt es in einem Beschluss. „Verträge mit der öffentlichen Hand sollten der Öffentlichkeit immer zugänglich sein. In diesem Sinne hat der SPD-geführte Berliner Senat in diesem Jahr mit dem sog. Informationsfreiheitsgesetz (IFG) das bundesweit einmalige und weitestgehende Gesetz zur Gewährleistung von Transparenz mit der SPD-Fraktion durchgesetzt.“ Der Senat wird im Beschluss aufgefordert, „den Willen zum Anteilsrückkauf gegenüber den privaten Anteilseignern förmlich zu erklären und mit einem für die öffentliche Hand langfristig kostenneutralen Finanzierungsmodell zu unterlegen“. Parallel sind Nachverhandlungen mit dem Ziel nachhaltiger Preissenkungen zu führen.

Die Energienetze (Strom, Wärme Gas) einschließlich der Konzession sollen nach dem Willen des Landesparteitags in die öffentliche Hand zurückgeführt werden - eigenständig als Land oder mit einem strategischen kommunal orientierten Partner. „Zur Umsetzung des politischen Ziels ist die Gründung eines Stadtwerks voranzutreiben.“ Angenommen wurde zudem ein Pankower Antrag, die Eigenerzeugung von Strom in Berlin zielgerichtet zu fördern. Darin heißt es: „Berlin wird bis 2020 das vorhandene Potential zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien und der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung erheblich ausbauen. Dies schafft Wertschöpfung und Arbeitsplätze vor Ort, schützt das Klima und senkt zugleich die Kosten für Mieterinnen und Mieter sowie Eigentümer. Diese Entwicklung kennt nur Gewinner - bis auf die Energiemonopolisten.“

Gestärkt werden zudem der Einfluss des Landes auf die S-Bahn. Eine Teilprivatisierung oder eine Teilausschreibung von Strecken wird abgelehnt, eine Übernahme der S-Bahn in kommunale Verantwortung soll geprüft werden. Die Deutsche Bahn als derzeitiger Eigentümer der S-Bahn wird aufgefordert, „zügig ein Programm zur Wiederherstellung einer voll funktionsfähigen Berliner S-Bahn vorzulegen“. Sowohl bei einem neuen Vertrag mit der Deutschen Bahn als auch bei einer möglichen



Tagungsort Seminaris-Hotel in Dahlem: Die Delegierten des Landesparteitags bei der Arbeit.

Foto: Horb

chen Direktgabe an die BVG oder ein Tochterunternehmen sollen die Rechte der jetzigen S-Bahn-Beschäftigten gewahrt werden.

Der Landesparteitag der SPD hat zudem den Senat und insbesondere Finanzsenator Dr. Ulrich Nussbaum aufgefordert, „zu prüfen und ggf. ein Konzept vorzulegen, zu welchen Konditionen der Berliner Wohnungsbestand der BIH Berliner Immobilien Holding GmbH im Land Berlin auf landeseigene (Wohnungs-)Gesellschaften übertragen werden kann, um dort rentabel weiterentwickelt zu werden“.

### INDUSTRIEPOLITIK VORANTREIBEN

Einstimmig angenommen wurde ein Antrag, der die industriepolitischen Leitlinien beschreibt. „Wenn Berlin zur Hauptstadt einer nachhaltig wachsenden Wirtschaft und Ressourcen sparer, innovati-



Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer am Informationsstand der BVG auf dem Landesparteitag.

Foto: Kirit Thaker

ver Zukunftsindustrien werden soll, gelingt dies nur, wenn dort neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Voraussetzung dafür ist, dass dieses industrielle Wachstum nicht nur auf eine absehbare Veränderung in der Nachfrage nach Produkten und Leistungen ausgerichtet sein muss. Vielmehr geht es darum, dass von der Berliner Wirtschaft gemeinsam der exzellenten Wissenschaft dieser Stadt Impulse für Innovationen bei Produkten und industriellen Prozessen ausgehen.“

Die Ausgangslage für eine neue - und nicht-qualmende - Industrie ist in Berlin gut, vor allem im Gesundheitssektor, in der Kreativwirtschaft, bei E-Mobilität und Umwelttechnologien bringt Berlin gute Voraussetzungen mit - mit hervorragenden Forschungseinrichtungen und einer Vielzahl von Unternehmen in diesen Branchen. Im Antrag heißt es: „Industriepolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Die Einrichtung des Steuerungskreises zur Industriepolitik unter Federführung des Regierenden Bürgermeisters und die Entwicklung des „Masterplans Industrie“ in der jetzigen Legislaturperiode sind Meilensteine. Wir stehen dafür, dass der Senat und die Bezirke die Standortbedingungen für Unternehmen deutlich verbessern und dass der künftige Senat die industriepolitischen Initiativen des Steuerungskreises sowie den Masterplan evaluiert und fortschreibt.“ Neben der Stärkung der Fachkräfteausbildung beschreibt der Beschluss auch einen Standortvorteil der Stadt: „Berlins Zukunft liegt nicht nur in Zukunftstechnologien, sondern auch in Zukunftsorten, wie es sie bereits in Adlershof, Buch, Marzahn-Hellersdorf (Clean-Tech-Business-Park) gibt und wie sie in Dahlem, Charlottenburg, nördlich des Hauptbahnhofs in Mitte oder in Tegel (Flughafengelände) entstehen können. Orte und Flächen haben für die Entwicklung der Industrie und wirtschaftsnahen Dienstleistungen hohe Bedeutung. Berlin ist eine der wenigen großen Städte, die über ein großes Potenzial freier Flächen verfügt.“

In einer ohne Gegenstimmen angenommenen Resolution fordert die Berliner SPD bei der Festlegung der Flugrouten zum neuen Großflughafen BBI Sicherheit und Lärmschutz Priorität einzuräumen. In einer Resolution haben die Landesparteitagsdelegierten zudem scharfe Kritik am schwarz-gelben Ausstieg aus der solidarischen Gesundheitsversorgung geübt.“ Die Berliner SPD bekräftigte ihr Engagement für die solidarische Bürgerversicherung.

BS □



Jugendmedienpreis:

# Jetzt Vorschläge einreichen

## Ausschreibung zum „Roten Tuch“ 2011

**Im kommenden Jahr wird zum 27. Mal der antifaschistische Jugendmedienpreis „Das Rote Tuch“ verliehen. Für diese Preisverleihung können ab jetzt Vorschläge eingereicht werden, eine Beschränkung der Medien ist nicht vorgesehen.**

In der Vergangenheit wurden Ausstellungsprojekte, Bücher, Theaterstücke oder auch Initiativen geehrt, so offen soll der Wettbewerb auch in Zukunft bleiben, sagt die Jury-Vorsitzende Carolina Böhm.

Seit 1978 werden mit dem „Roten Tuch“ Werke ausgezeichnet, in denen antidemokratische oder neofaschistische Tendenzen in unserer Gesellschaft kritisch dargestellt, demokratisches Handeln der jungen Generation, insbesondere auch gegenüber Minderheiten, gefördert und zur Immunisierung der Jugend gegen antidemokratische Bestrebungen in unserer Republik beigetragen wird. Initiiert hat den Preis die Charlottenburger SPD, seit 1995 unterstützt der SPD-Landesverband das Projekt.

„Gerade in Zeiten, in denen wir einen zunehmend undifferenzierten gesellschaftlichen Diskurs in Bezug auf das Zusammenleben in einer pluralistischen Gesellschaft erleben, müssen wir mit der Preisverleihung Position beziehen“ so die Jury-Vorsitzende Carolina Böhm. „Es geht um nicht weniger als den täglichen Einsatz für unsere Freiheit und unser im Grundgesetz verankertes Wertesystem. Wir sind daher bis zum nächsten Jahr besonders auf der Suche nach aktuellen Publikationen oder Initiativen, die Konflikte offen ansprechen, die Widerspruch provozieren und die im oben genannten Sinne eindeutig Position beziehen.“

Die Jury, so Carolina Böhm, freue sich auf die Arbeit, die in den kommenden Monaten vor ihr liege. „In jedem Jahr, wenn wir uns auf Spurensuche nach Medien und Initiativen begeben, entdecken wir oft Preis-



Verleihung des Roten Tuchs 2009.

Foto: Sempff

würdiges, was sonst unseren Augen und Ohren verborgen geblieben wäre. **BS □**

➔ Vorschläge für die nächste Preisverleihung bitte bis zum 28. Februar 2011 an die Jury-Vorsitzende Carolina Böhm, Philippstraße 2, 14059 Berlin, per mail: carolina-berlin@yahoo.de.

## Flagge gegen Gewalt

**Am Internationalen Tag für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen hat die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) der SPD Berlin symbolisch das Kurt-Schumacher-Haus beflaggt.**

Die Berliner ASF und die Berliner SPD erinnerten damit am Donnerstag an den 1999 von der UNO erklärten Internationalen Tag für die Beseitigung jeglicher Gewalt gegen Frauen. In Deutschland hat die Organisation „terre des femmes – Menschenrechte für die Frau e.V.“ vor zehn Jahren die bundesweite Fahnenaktion ins Leben gerufen. Ziel ist es, in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit für das Problem zu erzeugen und für das Thema zu sensibilisieren. Die ASF wendet sich gegen Zwangsverheiratung und gegen Frauenhandel und fordert Unterstützung für Gewaltopfer. **BS □**

## POST AN DIE BERLINER STIMME, MÜLLERSTR. 163, 13353 BERLIN

VIERMÄCHTEABKOMMEN  
WAR ENTSCHEIDEND

**Zu: BS 22, „Welchen Einfluss hatte die SEW?“ von Siegfried Heimann**

Eine entscheidende Rolle für den Niedergang der SEW spielte der Abschluss des Viermächteabkommens 1971 zwischen der Sowjetunion, den USA, Frankreich und Großbritannien. Mit diesem Abkommen

wurde die Existenz West-Berlins dauerhaft gesichert, und da waren die Schikanen der DDR und die Bemühungen ihrer Hilfsorganisationen völlig unerheblich. Dass die große Politik anderwo gemacht wurde, haben die Einwohner der Frontstadt klar gemerkt. Das hat zu einem dramatischen Rückgang der Wählerstimmen für die ohnehin schon schwache SEW nach 1972 geführt. **Martin-Rudolf Roski □**

## FRAKTION INTERN

**Wintersaison der Berliner Stadtteiltage.** Die Reihe Berliner Stadtteiltage der SPD-Fraktion geht in die Wintersaison. In Kaulsdorf und Mahlsdorf können Bürgerinnen und Bürger am 30. November die Marzahn-Hellersdorfer Abgeordnete Liane Ollech treffen.

Um 11.00 Uhr gibt es einen Info-Stand am S-Bahnhof Mahlsdorf und um 13.00 Uhr einen Bürgertreff im AWO-Stadtteilzentrum Mahlsdorf-Süd, Hultschiner Damm 98, mit dem AWO-Kreisvorsitzenden Horst Spitzer. Danach besichtigt Liane Ollech mit Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum und der Staatssekretärin Iris Spranger das Unternehmen Dr. Richard Herrmann und das Vivantes Klinikum in Kaulsdorf.

In Weißensee lädt die direkt gewählte Abgeordnete Christa Müller am 1. Dezember zum Stadtteiltag ein. Um 9.00 Uhr steht ein Besuch des neuen Standorts der Zukunftswerkstatt Heinersdorf und des Nachbarschaftshauses auf dem Programm. Treffpunkt: Alte Apotheke, Romain-Rolland-Straße 112.

Danach folgt um 11.00 Uhr eine Diskussionsveranstaltung im Frei-Zeit-Haus Weißensee, Pistoriusstraße 23 zum Thema „Doppelter Abiturjahrgang“. Mit dabei ist der Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung, Dr. Knut Nevermann. Außerdem besucht Christa Müller die Martin-Wagner-Schule, Oberstufenzentrum Bau-technik II. Um 17.00 Uhr können Interessierte bei der Diskussionsveranstaltung „Schule, Berufsausbildung und drohender Fachkräftemangel“ im Oberstufenzentrum Gastgewerbe, Brillat-Savarin-Schule, Buschallee 23A dabei sein. Auf dem Podium: Bildungssenator Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner.

Am 8. Dezember folgt dann die Stadtteilnacht Mitte mit dem Abgeordneten Markus Pauzenberger und am 17. Dezember der Stadtteiltag Wilmersdorf mit dem Abgeordneten Florian Dörstelmann. Weitere Informationen zu den Stadtteiltagen gibt es bei Rowena Paech unter Tel. 23 25 22 34 oder [www.spdfraktion-berlin.de/stadtteiltage](http://www.spdfraktion-berlin.de/stadtteiltage).

**Aktionstag „Nein zu Gewalt an Frauen!“** Anlässlich des internationalen Gedenktags "NEIN zu Gewalt an Frauen!" am 25. November hat die SPD-Fraktion Postkarten gegen häusliche Gewalt verteilt.

Die frauenpolitische Sprecherin Ulrike Neumann sagt: „Wir ächten jegliche Gewalt an Frauen. Ins Parlament bringen wir gemeinsam mit der Linksfraktion eine Entschließung dazu ein. Berlin sichert seit vielen Jahren die Finanzierung der Anti-Gewalt-Projekte.“ **C.S. □**

Wahl 2011:

# Etliche neue Gesichter

Nach den Vorstellungsrunden in den Abteilungen entscheiden jetzt die Kreise

**Schon jetzt ist klar: Die Berliner SPD wird mit einigen neuen Gesichtern in den Wahlkampf 2011 ziehen. Mit Abgeordnetenhauspräsident Walter Momper und Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer haben prominente Berliner SPD-Mitglieder angekündigt, nicht erneut für das Abgeordnetenhaus kandidieren zu wollen.**

In vielen Berliner SPD-Abteilungen haben sich in den vergangenen Wochen bereits Kandidatinnen und Kandidaten für die insgesamt 78 Direktwahlkreise sowie für die Bezirksverordnetenmandate vorgestellt. Gegenüber der Wahlkreisverteilung bei der letzten Abgeordnetenhauswahl 2006 gibt nur kleinere Veränderungen: Auf den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg entfällt ein weiterer Wahlkreis, während der Bezirk Marzahn-Hellersdorf einen Wahlkreis verliert.

Nach den Vorstellungsrunden in den Abteilungen fällt die eigentliche Entscheidung auf den Kreisdelegiertenversammlungen. Abstimmen dürfen dort alle Delegierte, die in Berlin auch wahlberechtigt sind. Das ist für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur BVV unterschiedlich: So reicht bei der bezirklichen Listenaufstellung ein Alter von 16 Jahren am Tag der Versammlung und die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der EU. Für die Abstimmung über die Abgeordnetenhauskandidaturen ist Volljährigkeit und deutsche Staatsangehörigkeit Bedingung. Für beide Wahlgänge ist der 1. Wohnsitz in Berlin erforderlich.

Für die 78 Direktwahlkreise bewerben sich viele der bisherigen Kandidatinnen und Kandidaten erneut. Zu den Abgeordneten, die nicht erneut antreten wollen, gehört in Neukölln Fritz Felgentreu, in Treptow-Köpenick Carl Wechselberg, der 2009 von der Linken zur SPD wechselte, in Friedrichshain-Kreuzberg Stefan Zackenfels. In Tempelhof-Schöneberg räumt Margrit Zauner ihren Platz in der BVV, der sie seit 1999 angehörte, einige Jahre davon als SPD-Fraktionsvorsitzende.

## DIE ERSTEN ERGEBNISSE

Neben der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für die Direktwahlkreise entscheiden die Kreisdelegierten auch über die Listen. Als sicher gilt, dass Klaus Wowereit die Bezirksliste Charlottenburg-Wilmersdorf anführen wird, Michael Müller die des Kreises Tempelhof-Schöneberg.

Klarheit herrscht bereits in **Lichtenberg**,



Bei der Kandidatenvorstellung in seiner Charlottenburger SPD-Abteilung mit dem Vorsitzenden Milan Neuhoff: Klaus Wowereit.

Als Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten für das Abgeordnetenhaus wurden am vergangenen Wochenende gewählt: Wahlkreis 1: Karin Seidel-Kalmutzki (50, Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses, Vorsitzende des Sportausschusses); Wahlkreis 2: Dirk Liebe (37, Verwaltungsbeamter); Wahlkreis 3: Reimund Peter (52, Elektriker); Wahlkreis 4: Birgit Monteiro (41, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Sprecherin der SPD-Fraktion für Verbraucherschutz und Ansprechpartnerin für die Belange behinderter Menschen); Wahlkreis 5: Ole Kreins (30, Sachbearbeiter); Wahlkreis 6: Gregor Koltzsch (32, Dipl.-Betriebswirt). Zur Spitzenkandidatin der Bezirksliste für das Abgeordnetenhaus wurde wie schon 2006 die Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses, Karin Seidel-Kalmutzki, gewählt. Auf Platz zwei folgt Ole Kreins, auf Platz drei steht Birgit Monteiro. Danach folgen auf den Plätzen vier bis sechs Gregor Koltzsch, Dirk Liebe und Reimund Peter. Zum Spitzenkandidaten für die Bezirksver-

ordnetenversammlung und zum Kandidaten für das Amt des Bezirksbürgermeisters wurde erneut Andreas Geisel gewählt. Der 44-jährige ist zurzeit Stadtrat für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Verkehr in Lichtenberg.

Zum Spitzenkandidaten auf der Bezirksliste in **Reinickendorf** bestimmten die 80 SPD-Kreisdelegierten mit rund 90 Prozent der abgegebenen Stimmen den Reinickendorfer SPD-Kreisvorsitzenden Jörg Stroedter (53). Als Kandidaten für das Amt des Reinickendorfer Bezirksbürgermeisters schickte die SPD ihren Stadtrat Andreas Höhne (52) ins Rennen. „Wir haben gute Aussichten, nach dem 18. September 2011 wieder den Bezirksbürgermeister zu stellen“, sagte der Kreisvorsitzende Stroedter. Höhne ist seit 1992 Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Von 2001 bis 2006 war er Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Reinickendorfer BVV. Seit 2006 ist Höhne Stadtrat für Gesundheit und Soziales. Als Kandidat für einen Stadtratsposten im künftigen Bezirksamt wurde der jetzige Fraktionsvorsitzende Uwe Brockhausen (47) nominiert.

Für die sechs Reinickendorfer Wahlkreise bei der Abgeordnetenhaus-Wahl benannte die SPD drei Frauen und drei Männer als Kandidaten/innen. Spitzenkandidat Stroedter tritt im Wahlkreis Reinickendorf-West an. Die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Abgeordnetenhausfraktion, Brigitte Lange, kandidiert erneut im Wahlkreis Märkisches Viertel/Lübars. In Reinickendorf-Ost/Schönholz kandidiert Bettina König, in Heiligensee/Konradshöhe/Tegel tritt Carmen Regin an. Neben Bettina König kandidieren auch Dieter Dressel (in Hermsdorf/Frohnau) und der Wirtschaftsexperte Thorsten Karge (in Wittenau) zum ersten Mal für das Berliner Abgeordnetenhaus.

Die SPD **Friedrichshain-Kreuzberg** will das Bezirksamt zurückerobern. Bei ihrer Kreisdelegiertenversammlung am 20. November hat sie mit großer Mehrheit ihren Kreisvorsitzenden Dr. Jan Stöß zum Kandidaten für das Amt des Bezirksbürgermeisters von Friedrichshain-Kreuzberg nominiert. Der 37-jährige ehemalige Richter gehört dem Bezirksamt bereits als Bezirksstadtrat für Finanzen, Kultur, Bildung und Sport an. Auch der Stellvertretende Bezirksbürgermeister und Wirtschaftsstadtrat Dr. Peter Beckers wurde erneut als Bezirksamtsmitglied nominiert.

Stöß und Beckers machten deutlich, dass der SPD-geführte Senat seit 2006 über

**Fortsetzung Seite 11**

## Verteilung der Wahlkreise

**Die Wahlkreisaufteilung wird nach dem Landeswahlgesetz durch den Senat so bestimmt, dass auf alle Wahlkreise im Wahlgebiet eine möglichst gleich große Anzahl von Deutschen entfällt.**

**Mitte:** 6 Wahlkreise,  
**Friedrichshain-Kreuzberg:** 6 Wahlkreise,  
**Pankow:** 9 Wahlkreise,  
**Charlottenburg-Wilmersdorf:** 7 Wahlkreise,  
**Spandau:** 5 Wahlkreise,  
**Steglitz-Zehlendorf:** 7 Wahlkreise,  
**Tempelhof-Schöneberg:** 8 Wahlkreise,  
**Neukölln:** 6 Wahlkreise,  
**Treptow-Köpenick:** 6 Wahlkreise,  
**Marzahn-Hellersdorf:** 6 Wahlkreise,  
**Lichtenberg:** 6 Wahlkreise,  
**Reinickendorf:** 6 Wahlkreise.

**Fortsetzung von Seite 10**

100.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen habe, viele davon in Friedrichshain-Kreuzberg. Die SPD habe auch im Bezirksamt nicht umsonst die Verantwortung für Finanzen und Wirtschaft übernommen, um für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Der Bezirk müsse und könne mehr tun im Kampf gegen Mietsteigerungen. Stöß verwies auch auf die Erfolge einer gestalten Kulturpolitik, die am Kottbusser Tor und in der Frankfurter Allee neue Bibliotheken ermöglicht habe. Starke kommunale Institutionen im Sozial- und Jugendbereich, gute öffentliche Schulen und eine funktionierende Sportlandschaft seien die Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt im Kiez. „Darauf, diesen sozialen Zusammenhalt zu stärken, beruht unsere sozialdemokratische Idee von der Stadt,“ sagte Stöß, „und die werden wir mit radikalem Optimismus verfolgen.“

Neben Jan Stöß und Peter Beckers wurden auch die KandidatInnen für die Bezirksverordnetenversammlung gewählt, dem Listenvorschlag des Geschäftsführenden Kreisvorstandes wurde mit großer Mehrheit zugestimmt. Besonders freut sich die SPD darüber, den „Reißverschluss“ von abwechselnden Frauen- und Männerkandidaturen durchgängig bis Platz 45 der Liste durchzuhalten. Auf den vorderen Listenplätzen kandidieren die Juristin und Mitarbeiterin im Bundesarbeitskreis „Arbeit und Leben“ des DGB Sevim Aydin, die Soziologieprofessorin Dr. Andrea D. Büh-

mann und der Fraktionsvorsitzende Andy Hehmke, der das beste Stimmergebnis aller Kandidaturen erzielte.

Kandidatinnen und Kandidaten sind außerdem die Journalistin Peggy Hochstätter, der Bezirksverordnete und Sportpolitiker Björn Eggert und Miriam Noa, stellvertretende Fraktionsvorsitzende in der BVV. Ihnen folgt der Stellvertretende Vorsteher der BVV Andreas Borchard-Klare.

Neben der amtierenden Abgeordneten Dr. Susanne Kitschun bewerben sich fünf neue Kandidatinnen und Kandidaten um die Wahlkreise in Friedrichshain und Kreuzberg: Im Wahlkreis 1 (Südliche Friedrichstadt und Bergmannkiez) tritt Miriam Noa an. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende des Schulausschusses in der BVV benannte als ihre Schwerpunkte die Bildungs- und Kulturpolitik. Die 28-jährige studierte Musikwissenschaftlerin kandidiert auch auf Platz 4 der Bezirksliste.

Im Wahlkreis 2 (Graefekiez und Südstern) kandidiert Björn Eggert, der bereits 2006 für diesen Wahlkreis angetreten war. Eggert, der auch Bezirksverordneter und Mitglied im Geschäftsführenden Kreisvorstand der SPD ist, betonte vor allem die Bedeutung des Vereinssports für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Er wird auf Platz 3 der Bezirksliste kandidieren.

Im Wahlkreis 3 (Luisenstadt und SO36) ist der Rechtsanwalt Muharrem Aras SPD-Kandidat. Aus seiner beruflichen Tätigkeit als Anwalt für Mieterrechte bringt er Erfahrungen für den politischen Einsatz für

bezahlbaren Wohnraum ein. Der Jurist war unter anderem Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Migration der Kreis-SPD. Er wird auf Platz 5 der Bezirksliste antreten.

Die Stadtentwicklungsexpertin Dr. Susanne Kitschun tritt erneut im Wahlkreis 4 (Karl-Marx-Allee, Platz der Vereinten Nationen) und zugleich auf Listenplatz 2 der Bezirksliste an. Als Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung im Abgeordnetenhaus hat sich die promovierte Historikerin insbesondere für bezahlbare Mieten und gegen den Bau der BAB 100 eingesetzt.

Im Wahlkreis 5 (Samariterkiez) will die SPD die Privatisierungsgegnerin und Mitinitiatorin des Wasser-Volksbegehrens Gerlinde Schermer in das Abgeordnetenhaus schicken. Schermer wirbt dafür um Unterstützung, dass mit ihrer Stimme im Parlament der von der SPD beschlossene Kurs der Rekommunalisierung umgesetzt wird.

Spitzenkandidat auf der Bezirksliste und Kandidat im Wahlkreis 6 (Frankfurter Tor - Boxhagener Platz - Ostkreuz - Rudolfkiez und Stralau) ist Sven Heinemann, der auch Vorsitzender der größten SPD-Abteilung im Kreis ist. Bei seiner Vorstellung nannte er als dringlichste Aufgaben eine aktive Wohnungspolitik zu betreiben, ein gerechtes, durchlässiges Bildungssystem und Chancengleichheit zu garantieren, einen guten und funktionierenden öffentlichen Nahverkehr zu organisieren, die finanzielle Lage Berlins zu verbessern sowie die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze.

Einen neuen Weg geht die **SPD am Kollwitzplatz**. Sie lädt zu einem Bürgerforum am 30. November 2010 um 19.30 Uhr in die Aula der GLS-Sprachenschule, Kastanienallee 82, Prenzlauer Berg, ein. Dort werden künftige Kandidaten für die Wahlen 2011 vor ihrer Aufstellung durch Parteigremien öffentlich vorgestellt. Die Bürger sind eingeladen, die Bewerber zu befragen, mit ihnen zu diskutieren und über die künftigen Kandidaten abzustimmen. Sie sind zugleich aufgerufen, kundzutun, worum sich die Partei vor Ort kümmern soll. Für die SPD bewerben sich Severin Höhmann und Max E. Neumann für den Berliner Abgeordnetenhaus-Wahlkreis im Südwesten Prenzlauer Bergs, Klaus Mindrup und Ronald Rüdiger für die Bezirksverordnetenversammlung Pankow. Das Bürgerforum soll darüber hinaus auch der Information über bezirkliche und Berliner Politik dienen.

**An diesem Wochenende tagen die Kreisdelegierten in Charlottenburg-Wilmersdorf, Tempelhof-Schöneberg und Neukölln.**

Die nächsten Kreisdelegiertenversammlungen sind in Mitte (Samstag, 04.12.10, 10.00 Uhr), Spandau (Freitag, 03.12.2010 und Samstag, 04.12.2010), Marzahn-Hellersdorf (Freitag, 10.12.2010, 18.00 Uhr) und Treptow-Köpenick (Samstag, 11.12.2010 ab 9.30 Uhr). **BS** □

## „Wir brauchen Euch“

Neumitgliedertreffen mit Michael Müller

**„Bitte bringt Euch ein, denn wir brauchen Euch“, so forderte der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller jetzt die Berliner Neumitglieder zur Beteiligung auf. Die SPD brauche als Mitgliederpartei die Kompetenz aus den unterschiedlichsten Bereichen.**

Am Donnerstag vergangener Woche kamen circa 100 Mitglieder, die in den letzten Monaten der Berliner SPD beigetreten sind, in der Zentrale der Bundes SPD zusammen. Sie erhielten hier einen Einblick in die Arbeit und die Politik der Partei.

In einer Führung durch das Willy-Brandt-Haus wurde den Mitgliedern u. a. ein Einblick in die 147 jährige Geschichte der SPD geboten. Danach stellte der Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller die Möglichkeiten der Mitarbeit in der Berliner SPD vor. Vor allem bei dem gerade entstehenden Wahlprogramm sei die Beteiligung der Mitglieder notwendig. „Was ihr jeden Tag erlebt, muss dort einfließen und wir brauchen Euch natürlich auch im kommenden Wahlkampf 2011, denn die Sozial-



Michael Müller beim Neumitgliedertreffen im Willy-Brandt-Haus. Foto: Fiedler

demokratie muss führende Kraft in Berlin bleiben.“, so der Landesvorsitzende.

Abschließend diskutierten die interessierten Genossinnen und Genossen über die verschiedensten Themen von Integration, Rekommunalisierung bis zur Stadtentwicklung. Der Meinungsaustausch zeigte, dass die SPD als Volkspartei hier die verschiedensten Meinungsspektren abdeckt.

**Sebastian Schmidtsdorf** □

Rezension:

# Nach der Krise? Vor der Krise?

Armin Steinbach und Philipp Steinberg analysieren die Lehren aus der Finanzkrise

**Wie krisenfest ist das Finanzsystem heute? Sind die richtigen Lehren aus der Krise gezogen worden, gehen die Maßnahmen weit genug? In ihrem Buch „Nach der Krise ist vor der Krise“ setzen sich die Autoren Armin Steinbach und Philipp Steinberg mit eben diesen Fragen auseinander.**

Die Autoren wollen keine Vorhersagen treffen. Sie wollen Krisen auch nicht als unausweichlich darstellen. Aber die Lektüre des Buches macht auch deutlich: Noch längst ist nicht alles getan worden, um die Mechanismen außer Kraft zu setzen, die zu Immobilienblase, Bankencrash oder Beinahe-Staatsbankrott geführt haben.

Bücher über Steuern, Finanzpolitik und Finanzmärkte stehen nicht gerade im Ruf, leichter Lesestoff zu sein. Armin Steinbach und Philipp Steinberg ist es gelungen, die Zusammenhänge anschaulich und nachvollziehbar zu beschreiben. Und sie gehen die einzelnen Ansatzpunkte kapitelweise durch, erklären die Funktionsweise der Finanzprodukte, Märkte oder Regelungen, erläutern die Risiken und bewerten zum Schluss die nach der Finanzkrise eingeleiteten Maßnahmen. Das ermöglicht auch eine Nutzung als Nachschlagewerk.

Ihren Standpunkt machen die Autoren schon zu Beginn deutlich, wenn sie sich mit den Begriffen Freiheit und Verantwort-

Armin Steinbach  
Philipp  
Steinberg  
*Nach der Krise ist vor der Krise Haben wir die richtigen Lehren gezogen und was bleibt zu tun? Mit einem Vorw. d. Wirtschaftsweisen Peter Bofinger, metropolis Verlag 2010, broschiert, ISBN 978-3-89518-843-5, EUR 19,80,*



ung auseinandersetzen und die Vorleistung des Staates bei Daseinsvorsorge und Bildung herausstellen. „All diejenigen, deren Mantra über alle Politikbereiche hinweg lautet, dass staatliche Eingriffe und Umverteilung als wachstums- und freihemmend zurückzuweisen sei, lassen eine gewisse Demut insofern vermissen, als dass sie selbst Produkt und Nutznießer eines starken Staates und einer Solidargemeinschaft sind.“

Kapitel für Kapitel durchforsten die Autoren die Mängel im Finanzsystem, etwa das Auseinanderdriften von Kreditverga-

beentscheidung und Risikoverantwortung, die ungenügende persönliche Haftung der Verantwortlichen, die geringe Eigenkapitalquote der Banken, die Abhängigkeit von Ratingagenturen, die Spekulationsmöglichkeiten mit Staatspapieren. Oder ganz allgemein: die Abkoppelung des Finanzsystems von der Realwirtschaft.

Ausdrücklich sprechen sich die Autoren für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer aus. Dabei geht es nicht vordergründig um mehr Einnahmen für den Staat, sondern um die Einsicht, dass den aufgeblähten Finanzmärkten nur mit steuerlichen Instrumenten beizukommen ist. Es geht um die Reduzierung des Handelsvolumens an den Finanzmärkten, die Finanztransaktionssteuer ist deshalb auch eine Anti-Spekulationssteuer. Mit einem minimalen Steuersatz würde diese Steuer extrem kurzfristige Transaktionen mit Finanzderivaten verteuern und weniger lukrativ machen.

Die Autoren lenken den Blick aber nicht nur auf schwer durchschaubare Finanzinstrumente, sondern auch auf realwirtschaftliche Fehlentwicklungen. Ein andauerndes Handelsbilanzdefizit der USA und ein regelmäßiger Exportüberschuss Deutschlands oder Chinas führen zu einem ständigen Ungleichgewicht: Einige Länder exportieren ihre überschüssigen Einnahmen, andere treten als Kreditnehmer auf. „Die Anhäufung von Vermögen schafft die Voraussetzung für riskante Anlageformen - und die Konsumschwäche der Geringverdiener weckt das Bedürfnis nach Krediten“, so die Autoren. Ein krisenfesteres Wachstum versprechen sie sich in Deutschland von einer Stärkung der Binnennachfrage und einer Verringerung der Exportabhängigkeit. Auf den Prüfstand gehört dabei auch das Steuersystem, „um Fehlentwicklungen durch die einseitige Begünstigung hoher Einkommen zu Lasten von Geringverdienern korrigieren, um Investitionen in beschäftigungsfreundliche Bahnen zu lenken und um mit der Besteuerung von Umweltbelastungen und Finanztransaktionen eben jene heranzuziehen, die ihre Geschäfte auf Kosten von Dritten machen“.

Der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger erinnert in seinem Vorwort an Ludwig Erhard, der einst eine Wirtschaftsverfassung empfahl, die „auf einer breit geschichteten Massenkaufkraft“ basiert. Davon ist Deutschland zurzeit weit entfernt. Wie weit entfernt die nächste Krise ist, lässt sich nur erahnen. Sicher ist, dass noch einiges dagegen getan werden kann. **U.H.** □

Buchtipps:

## Lexikon der Wirtschaftspolitiker

45 Porträts sozialdemokratischer Ökonomen

**In 45 kurzen Porträts stellt Peter Engelhard die Biographien sozialdemokratischer Wirtschaftspolitiker vor, er schildert ihren theoretischen Ansatz und beschreibt, was von ihren Ideen heute noch gültig ist.**

Der Autor Dr. Peter Engelhard arbeitet als Volkswirt im Vorstandsstab eines deutschen Industriekonzerns. Sein privates und ehrenamtliches Interesse gilt der wirtschaftswissenschaftlichen Ideengeschichte. Mit den 45 Porträts hat er ein kleines historisches Nachschlagewerk geschaffen, das zeigt, wer alles im 20. und 21. Jahrhundert den gesellschaftlichen Idealen der Sozialdemokratie verbunden war. Die Palette reicht von Bernstein, Kautsky und Hilferding über Karl Schiller bis hin zu Bofinger und Flassbeck. Manche sind heute weitgehend vergessen, andere haben die Geschichte der SPD nachhaltig geprägt und ihre Spuren in den Programmen hinterlassen. Etliche waren ihrer Zeit voraus und ha-

Peter Engelhard, *Die Ökonomen der SPD. Eine Geschichte sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in 45 Porträts, September 2010, 148 S., kart., zahlr. Abb., transcript Reihe Edition Politik, 16,80 Euro, ISBN 978-3-8376-1531-9,*



ben den wirtschaftswissenschaftlichen Diskurs vorangebracht, einige sind schlicht von der Realität widerlegt worden.

Aus den vielfältigen Porträts und den unterschiedlichen Theorieansätzen entsteht gleichzeitig das Bild einer spannenden und diskussionsfreudigen Partei, die ihren Weg gerade durch die vielen unterschiedlichen Anregungen gefunden hat.

**BS** □

Standpunkt:

# Noch Sozialdemokrat?

## Historiker-Kritik an Sarrazins Gesellschaftsbild

**Der Politikwissenschaftler Richard Saage, die Historikerin Helga Grebing und der Publizist Klaus Faber haben sich in einem gemeinsamen Text mit der Frage auseinandergesetzt, ob Thilo Sarrazin noch Sozialdemokrat ist.**

In einem Interview der FAZ vom 20. August 2010 antwortete Thilo Sarrazin auf die Frage: „Herr Sarrazin, würden Sie bitte erklären, warum Sie in der SPD sind?“ wie folgt: „Ich bin 1973 in die SPD eingetreten zu Zeiten Willy Brandts und des Godesberger Programms. (...) Ich bin ein Anhänger sozialer Gerechtigkeit, ich möchte optimale Chancengleichheit für die Menschen in Deutschland. (...) Ich habe vor, das SPD-Partei-Buch mit ins Grab zu nehmen“ (S. 4).

Hält diese politische Selbsteinschätzung den Thesen stand, die er in seinem Bestseller „Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen“ propagiert? Vertritt er einen Kultur- und Gesellschaftsbegriff, der innerhalb der deutschen Sozialdemokratie traditionsbildend war und ist und erheblich zur Identitätsbildung dieser ältesten politischen Partei in Deutschland beigetragen hat? Jeder, der sich mit deren Geschichte auseinandergesetzt hat, weiß, dass ihre Ursprünge sowohl in Deutschland als auch in Österreich auf die Gründung von Arbeiterbildungsvereinen verweisen: Es ging darum, im Zeichen des Bacon'schen Mottos „Wissen ist Macht“ durch Bildung die Emanzipation der einzelnen Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der Arbeiterklasse insgesamt zu ermöglichen. Ein ebenso großer Feind im Klassenkampf gegen die industrielle Bourgeoisie waren Unwissenheit und politische Apathie in den Reihen der Arbeiterschaft selbst.

Wenn es einen Schlüssel zur Hebung des Lebensstandards gab, dann war es Bildung, welche die arbeitende Bevölkerung in stand setzte, an den Kulturgütern der Nation teilzuhaben und sich dadurch zugleich ihrer politischen und sozialen Rechte bewusst zu werden. Es trifft zu, dass in der deutschen und der österreichischen Sozialdemokratie die Darwinsche Evolutionstheorie schon vor dem Ersten Weltkrieg rezipiert wurde. Doch ihre theoretischen Köpfe wie Otto Bauer oder Karl Kautsky ließen nie einen Zweifel daran, dass Kultur mehr ist als ein Reflex auf die genetisch grundierte Evolution des Menschen. Anderen Gesetzen als denen des genetischen Lernens unterworfen, folgt das kulturelle Erbe einer genuunabhängigen Logik, die überhaupt erst erklärt, warum Menschen der Unterschicht durch Bildung sowohl individuell als auch kollektiv vom Status der

sozial-politisch Ausgeschlossenen und Unterdrückten zu akzeptierten Vollbürgern aufsteigen konnten.

Treffen diese Anmerkungen auch nur annähernd zu, so verkündet uns das Buch von Sarrazin eine Botschaft, die eine vollständige Verneinung des geschilderten Aufstiegsszenarios durch Bildung und Kulturerwerb suggeriert. Unter Berufung auf den an der Harvard University lehrenden Sozialbiologen Edward O. Wilson (S. 24 und S. 424, Anm. 19) ist für ihn Kultur (und damit Bildung) integrierter Bestandteil biologischer Prozesse. Zwar folgt Sarrazin seinem Ideengeber insofern, als er dessen kulturalistisch eingefärbtes sozialbiologisches Argumentationsmuster übernimmt. Aber der Sache nach geht es ihm ebenfalls darum, dass gendeterminierte Steuerung die Reproduktion der nachfolgenden Generationen sichert. Im Klartext heißt dies, dass „Kultur“ für Sarrazin zu einem Synonym für Genetik mutiert.

### SOZIALDEMOKRATIE SETZTE IMMER AUF VERÄNDERBARKEIT

Seine Referenzwissenschaft ist nicht eine Anthropologie des „ganzen Menschen“, dessen animalische erste Natur von einer zweiten, sozio-kulturellen Dimension nichtdualistisch überwölbt ist, sondern der biologische Naturalismus: In seinem Zentrum steht die „natürliche Selektion“, vor der Kultur und Bildung zu einem bloßen Epiphänomen verblissen: Was ausschließlich zählt, ist das Wissen eines jeden Hundes- und Pferdezüchters, „dass es große Unterschiede im Temperament und im Begabungsprofil der Tiere gibt und dass diese Unterschiede erblich sind. Das heißt auch, dass manche Tiere schlichtweg wesentlich dümmer oder wesentlich intelligenter sind als vergleichbare Tiere ihrer Rasse“ (S. 92). In dem Maße, so folgert Sarrazin, wie aufgrund der defizitären genetischen Ausstattung ihrer Eltern und deren Bildungsferne „für einen großen Teil dieser Kinder“ (aus Unterschichtenmilieus, R.S.) der Misserfolg mit ihrer Geburt bereits besiegelt“ (S. 175) ist, werde auch im besten Bildungssystem „die angeborene Ungleichheit der Menschen durch Bildung nicht verhindert, sondern eher akzentuiert“ (S. 249).

Doch auch das Gesellschaftsbild der Sozialdemokratie steht quer zu den einschlägigen Vorstellungen in Sarrazins Buch. Für das sozialdemokratische Selbstverständnis stand bereits vor der Rezeption des Marxismus fest, dass „Gesellschaft“ ein historisches und damit auch ein veränderbares

Gebilde ist, welches am Angemessensten im Licht sozioökonomischer Kategorien zu interpretieren ist. An dieser Grundeinstellung hat auch die im Godesberger Programm erfolgte Abwendung vom Marxismus nichts geändert.

Bei Sarrazin reduziert sich die Gesellschaft auf ein schlichtes „Oben“ und „Unten“. Diese soziale Dichotomie analysiert er nicht sozio-ökonomisch, sondern ethnisch bzw. genetisch (S. 99). Die „Oben“ angesiedelte Bildungsschicht verfügt über das genetisch wertvollste Potenzial. Will Deutschland nicht untergehen, so muss diese wertvolle Ressource um jeden Preis gefördert werden, z. B. durch materielle Anreize für Akademikerinnen unter 30 Jahren, vermehrt Kinder zur Welt zu bringen (S. 389f.). Nur so sei die überproportionale Fertilität der Unterschichten mit ihrem defizitären Genpotenzial zu kompensieren und die Verdummung der deutschen Gesellschaft zu verhindern.

Aber die Distanz zum sozialdemokratischen Gesellschaftsbild, das vor allem nach dem Godesberger Programm durch die Vision einer „offenen Gesellschaft“ (Popper) normativ geprägt worden ist, weitet sich zu einem unüberbrückbaren Abgrund aus, wenn Sarrazins Flucht in den Biologismus zur offenen Ausgrenzung des über vier Millionen Menschen zählenden islamischen Bevölkerungsteils der Bundesrepublik führt. Genetisch prekär und wirtschaftlich eher für die Gesamtgesellschaft eine Belastung, so Sarrazin, stelle er aufgrund seiner enormen Fruchtbarkeit „eine Bedrohung für das kulturelle und zivilisatorische Gleichgewicht im alternden Europa“ (S. 167) dar.

So gesehen, ist Sigmar Gabriel zuzustimmen, in Sarrazins Buch gehe es nicht um Integration, sondern um Selektion, als habe es im „Dritten Reich“ niemals eine Eugenik mit katastrophalen Konsequenzen gegeben (Vorwärts, 10/2010, S. 10). Daran zu erinnern, wäre eigentlich die Aufgabe eines Historikers wie Hans Ulrich Wehler gewesen. Doch der nimmt Sarrazins Buch ausdrücklich in Schutz, weil dessen Aufriss der Fehlentwicklungen deutscher Migrationspolitik viel schwerer wiege als sozialbiologische Fehlleistungen (DIE ZEIT, 7.10.10, S. 55). Wehler übersieht, dass es für die Sozialdemokratie um mehr geht, als um politische Fehler in ihrer Gesellschaftspolitik: Die biologistische Argumentation rührt an den Kern ihres historisch gewachsenen emanzipatorischen Selbstverständnisses.

Es ist nun die Aufgabe der Schiedskommission der SPD des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf in Berlin, sich mit dem Buch eines Parteimitgliedes zu beschäftigen, das sich wie „ein antimuslimisches Dossier auf genetischer Grundlage liest“ (Christian Geyer). **Richard Saage, Helga Grebing, Klaus Faber** □

## Zupackend, ohne Schnörkel

Heinz Hoefler: 80 Jahre für die SPD

**Am Brixplatz, mitten in Neu-Westend, wohnt Heinz Hoefler. Seit 80 Jahren ist er überzeugter Sozialdemokrat, der unter anderem jahrzehntelang die Kommunalpolitik in Steglitz prägte.**

80 Jahre Mitgliedschaft in der SPD sind etwas Besonderes und so war es dem SPD-Landesvorsitzenden Michael Müller und seinem Stellvertreter Marc Schulte ein Anliegen, Heinz persönlich in seiner Wohnung am Brixplatz die Urkunde und Ehrennadel für sein Leben für die deutsche Sozialdemokratie zu überreichen. In Rücksprache mit dem Ehepaar Hoefler hatte Daniela Fiedler, Vorstandsmitglied der SPD Neu-Westend, das Treffen vorbereitet und die Abteilung bei der Ehrung vertreten.

In seiner bewegenden Rede ging Michael Müller auf die Verdienste von Heinz Hoefler, der schon als zehnjähriger Schuljunge Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend SAJ war, für die SPD ein. Vier Jahre später, am 1. April 1930, trat er der Kreuzberger SPD bei. 1947 fand er in Steglitz eine neue politische Heimat. Mit ebensoviell Elan wie Sachverstand widmete er sich fortan der Kommunalpolitik. Über 22 Jahre wirkte er als erfolgreicher Steglitzer Baudezernent, ehe er dort von 1965 bis 1971 als so-



zialdemokratischer Bürgermeister amtierte. Zupackend, ohne Schnörkel und immer gut informiert war er ein Kommunalpolitiker mit Leib und Seele. Nach seinem Rückzug aus der Berufspolitik wurde er zum umsichtigen Aufsichtsratsvorsitzenden der IDEAL, einer Lebensversicherung mit sozialdemokratischen Wurzeln.

Nachdem Michael Müller Heinz Hoefler die Ehrennadel angesteckt hatte, erzählte Heinz aus seinem bewegten Leben. Zum Abschied lud Michael Müller Heinz Hoefler ein, beim Landesparteitag im Mai 2011 als Ehrengast dabei zu sein, wenn seine SPD Klaus Wowerit als Spitzenkandidat für die Berlinwahl 2011 aufstellt. Heinz nahm die Einladung sichtlich gerührt an. **DF** □

## BUNDESTAGSABGEORDNETE

■ **DR. EVA HÖGL**, Wahlkreisbüro, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Sprechstunden: Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder [eva.hoegl@wk.bundestag.de](mailto:eva.hoegl@wk.bundestag.de). Nächster Termin: 9. 12. 16 - 18 Uhr

■ **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin. Sprechstunden: Bitte telefonisch anmelden unter Tel. 313 88 82 oder [petra.merkel@wk.bundestag.de](mailto:petra.merkel@wk.bundestag.de).

■ **MECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin. erreichbar: Mo/Mi/Fr 10.30 bis 14.00 Uhr, Di/Do 13.00 bis 18.00 Uhr, Sprechstunden nach Vereinbarung. Anmeldung erbeten: [mechthild.rawert@wk.bundestag.de](mailto:mechthild.rawert@wk.bundestag.de) oder Tel. 720 13 884  
Nächste Sprechstunde in Reinickendorf: Mittwoch, 8. Dezember

■ **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, MdEP, Europabüro, Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Sprechstunden: Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911

■ **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Sprechstunden: Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 36 75 70 90 per Mail: [swen.schulz@wk.bundestag.de](mailto:swen.schulz@wk.bundestag.de)

■ **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Sprechstunden: Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88 oder per Mail: [wolfgang.thierse@wk.bundestag.de](mailto:wolfgang.thierse@wk.bundestag.de)

**Aus Datenschutzgründen  
nicht in der  
Internetversion enthalten**

## T ERMINE

- 27.11.2010, 10:00 - 17:00, **Mein Kiez, Dein Kiez, Unser Kiez – wie wollen wir miteinander leben?** Zukunftswerkstatt zur Entwicklung des Ortsteils Alt-Treptow, Abt. Alt-Treptow, Pländerwald, Kinder- und Jugendzirkus Cabuwazi, Bouchéstraße 75, 12435 Berlin
- 27.11.2010, 10:00 - 17:00, **Duales Lernen – Praxiserfahrungen mit der Berliner Schulreform**, Veranstalter: August-Bebel-Institut, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 29.11.2010, 19:00, **20 Jahre Deutsche Einheit – Eine Bilanz aus sozialdemokratischer Perspektive**, SPD Treptow-Köpenick, Ratskeller Köpenick, Festzimmer, Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin, mit Dr. Wolfgang Thierse, Vizepräsident des Deutschen Bundestages und ehemaliger Vorsitzender der SPD-Ost
- 30.11.2010, 19:00, **Fraktion vor Ort: Soziale Stadt**, Melanchton-Gemeindezentrum, Pichelsdorfer Str. 79, 13595 Berlin, mit Florian Pronold, stv. Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Swen Schulz, stv. Sprecher für Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion
- 30.11.2010, 19:00, **Landrechtsbewegungen in Südafrika - Entwicklungen und Tendenzen**, August-Bebel-Institut + SODI!, Veranstaltungsort: Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin. Vortragsabend mit Diskussion. Die Referenten sind Romin Khan (Sozialwissenschaftler, Herausgeber des aktuellen Buches „Südafrika – Grenzen der Befreiung“, [www.assoziationsa.de/neu/Suedafrika\\_Grenzen\\_der\\_Befreiung.htm](http://www.assoziationsa.de/neu/Suedafrika_Grenzen_der_Befreiung.htm)) und Andreas Bohne (SODI Projektmanager), der einen speziellen Blick auf die Landrechtsbewegung Trust for Community Outreach and Education (TCOE) richtet. Anmeldung: kontakt@august-bebel-institut.de oder 4692 120
- 30.11.2010, 11:00, **„Tafeln - Fluch oder Segen?“** SPD Reinickendorf - Abt. Lübars, Waidmannslust, Wittenau, Rathaus Reinickendorf - SPD-Fraktionszimmer Raum 230, 1. Etage, Eichborndamm 215 - 239, 13437 Berlin. Diskussionsveranstaltung mit der sozialpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Ülker Radziwill, und dem Stadtrat für Gesundheit und Soziales, Andreas Höhne.
- 30.11.2010, 19:00, **Nachnutzungskonzept Flughafen Tegel**, SPD Reinickendorf - Restaurant Schupke, Alt-Wittenau 66, 13437 Berlin, Referent: Rainer Hampel
- 30.11.2010, 19:30, **AG Migration SPD Berlin-NO zu Gast bei Gangway e.V. zur offenen Podiumsdiskussion „Mehrheitsrassismus versus Minderheitenrassismus - Diskriminierung unter Jugendlichen!“**, Gangway e.V. Straßensozialarbeit in Berlin, Schumannstraße 5 - 10117 Berlin, mit Bilkay Öney (Mda SPD), Rainer-Michael Lehmann (Mda SPD), Kemal Özbasi (GANGWAY Streetworker), Kai

- Klee (Berliner Lehrer), Moderation: Elvira Berndt (Geschäftsführerin GANGWAY e.V.)
- 01.12.2010, 19:30 - 21:00, **Stand der Schulreform zur Einführung der Sekundarschule** mit Felicitas Tesch AfB Charlottenburg-Wilmersdorf, Goethestraße 15, 10625 Berlin
- 01.12.2010, 19:00, **Bürgerforum: Gesundheit - Wieviel Krankheit können Sie sich noch leisten?** SPD Mitte, Rathaus Tiergarten, BVV-Saal, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin. Die Bundesregierung macht Gesundheitspolitik auf Kosten der Versicherten und Patienten. Themen u.a.: Gesundheitspolitik auf Bundesebene: Zusatzbeiträge, Arzneimittelpreise, Abkassieren“ direkt in der Arztpraxis? Wie geht es weiter mit der Krankenversicherung? Was kann getan werden, um chronische Krankheiten zu verhindern? Wie steht's um eine aktive Präventionspolitik und die Förderung der Selbsthilfe? Was sind die Schwerpunkte sozialdemokratischer Gesundheitspolitik auch auf Landesebene? Welche Rechte haben Sie als Patient? Wer unterstützt Sie mit Beratung und bei Beschwerden hier in Berlin? Was ist gut, und was könnte noch besser werden? Welche Fragen haben Sie? Es beantworteten Fragen und diskutieren: Thomas Isenberg, Mda, Gesundheitspolitischer Sprecher SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und Prof. Dr. K. Lauterbach, MdB, Gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- 1.12.2010, 20.00 Uhr **„Bald Phönix - bald Asche. Ambivalenzen des Staates“**. Die Tucholsky-Buchhandlung lädt zu einer Podiumsdiskussion mit Andrea Ypsilanti (MDL Hessen / Institut Solidarische Moderne), Susanne Schüssler, Verlegerin des Wagenbach Verlages und Petra Dobner, Autorin des Wagenbach Verlages. Tucholsky-Buchhandlung, Tucholskystrasse 47, 10117 Berlin, Tel: 030/27577663.
- 01.12.2010, 16:30 - 18:30, **Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Berlin** Selbst Aktiv - Netzwerk behinderter Menschen in der SPD + Der Arbeitskreis Integration, Arbeit, berufliche Bildung und Soziales der SPD-Fraktion, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 304, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin. Zu Gast: Dr. Jürgen Schneider, Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung
- 02.12.2010, 18:30 - 20:30, **Programmplanung 2011**, Christian Gaebler, Mda / Fachausschuss Mobilität, Veranstaltungsort: Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 320, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- 03.12.2010, 19:00, **Werner Sonne liest aus seinem Roman „Und der Zukunft zugewandt“**, Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie / Berliner Stimme, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 06. Dezember 2010, 10.00 – 12.00 Uhr, **„Die Ostverträge – Ein Meilenstein auf dem Weg zu einem freien Europa“**, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 141, 10963 Berlin, u.a. mit Diskussion mit: Hans-Dietrich Genscher, Bundesminister a.D., Egon Bahr, Bundesminister a.D.,

- Valentin Falin, Botschafter der UdSSR in der Bundesrepublik Deutschland a.D.
- 06.12.2010, 19:00, **Kleingartenkonferenz in Spandau**, mit Daniel Buchholz, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Abgeordnetenhausfraktion und Swen Schulz, stv. Sprecher für Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion, Bezirksverband Spandau der Kleingärtner e.V., Egelpfuhlstr. 35, 13581 Berlin,
- 07.12.2010 19:00 Uhr, Steglitz-Zehlendorf, Abteilung Lichterfelde Ost und Süd: **„Festlicher Jahresausklang mit Ehrung der Jubilare und Treffen der Neumitglieder“** am Dienstag im Restaurant „Taverna Litsa“, Ostpreußendamm 65, 12207 Berlin
- 12.12.2010, 10:00, **Wie ist die Berliner Stadtreinigung auf den Winter vorbereitet?** SPD Treptow-Köpenick, Rathaus Köpenick - Ratskeller, Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin. Zu Gast beim Polischen Frischschoppen: Sabine Thümmler, Pressesprecherin der Berliner Stadtreinigung (BSR). Moderation: Robert Schadach, Mitglied des Abgeordnetenhauses
- 14.12.2010, 19:30, **Wolfgang Thierse trifft ... Prof. Dr. Heinrich August Winkler**, Historiker und Autor von „Der lange Weg nach Westen“, Kulturbrauerei, Soda-Salon, Knaackoder, Sredzkistraße, 10435 Berlin. Eintritt frei!
- 15.12.2010, 19:30, **Regelsätze und Bildungsteilnahme - Schaffen die Neubewertungen Chancengleichheit?** SPD Bundestagsfraktion vor Ort, AWO Bundesverband, Heinrich-Albertz-Haus, Blücherstr. 62, 10961 Berlin. Anlässlich der Bundesratsentscheidung über die Neufestlegung der Regelsätze für ALG-II-Bezieher und ihre Angehörigen am 17.12.2010 lädt die SPD Fraktion im Bundestag zur Diskussion darüber, ob der Auftrag des Bundesverfassungsgerichts nach Transparenz und gleichberechtigter Teilhabe mit den Gesetzesnovellen erfüllt werden kann. Teilnahme bitte anmelden bis zum 10. Dezember 2010. Anmeldung. mechthild.rawert@bundestag.de
- 23.12.2010, 19:00, **Die „Digitale Agenda“ der Kommission**, Frank Zimmermann, Mda / Fachausschuss Europa und die SPE-Aktivistinnen Berlin, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 320, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin, Die Europäische Union hat unlängst ihre „Digitale Agenda“ vorgestellt. Die Agenda sieht sieben vorrangige Aktionsbereiche vor: Schaffung eines digitalen Binnenmarkts, größere Interoperabilität, Steigerung von Vertrauen und Sicherheit im Internet, viel schnellere Internetverbindungen, mehr Investitionen in die Forschung und Entwicklung, Verbesserung der digitalen Kompetenzen und Integration sowie Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen wie Klimawandel und Bevölkerungsalterung. Inwieweit kann das Internet Europa voranbringen? Diese Fragen werden mit dem ausgewiesenen Experten Jan Moenikes (<http://www.moenikes.de/>) diskutiert.
- weitere Termine unter [www.spd-berlin.de/termine](http://www.spd-berlin.de/termine)

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

# Meister des Lichts

Ausstellung mit Arbeiten von László Moholy-Nagy

**Nach über 75 Jahren ist László Moholy-Nagy nach Berlin zurückgekehrt. Der gebürtige Ungar gilt als einer der bedeutendsten Vertreter der Moderne. Mit rund 200 Fotografien, Fotogrammen, Zeichnungen und Filmen präsentiert der Martin-Gropius-Bau einen universellen Künstler.**

Während der Weimarer Republik lebt er mehrere Jahre in Berlin, bis er sich 1933 nach der Machtübernahme der Nazis in einer erstickenden Isolierung sieht. In seiner Fotografie dominieren Aufsichten, der Blick von oben, wenn das Licht in seine Motive Schatten zeichnet. Oft ordnet er sie mit Diagonalen. Wenn auch in vielen seiner Bilder Linien das Auge des Betrachters führen, so bricht er mit seinen Fotogrammen seine geometrische Ordnung. In seinen Filmen mit Straßenszenen in Berlin oder Marseille probiert er die Ästhetik des neuen Mediums. Er experimentiert mit neuen Materialien, entwirft Bühnenbilder und Kostüme für Opern. Aber Moholy-Nagy war nicht nur Künstler, sondern auch Kunstpädagoge, war von Walter Gropius zum Bauhaus geholt worden; beide verließen die Institution 1928 wegen politischer Pressionen.

Moholy-Nagy lehrte ab 1937 in Chicago. Leukämie beendete 1946 für den 51-Jährigen



Briefmarke von 1983 mit Motiv von Moholy-Nagy

gen das Leben, Schaffen und Lehren. Für den Direktor des Martin-Gropius-Baus, Gereon Sievernich, ist es ein Traum, diese Ausstellung zeigen zu dürfen, sieht er doch den Künstler in einer Reihe mit den bedeutendsten Fotografen des 20. Jahrhunderts wie Atget, Brassai und Capa, und er erinnert daran, dass László Moholy-Nagy schon 1929 im Lichthof seines Hauses mit einer Ausstellung „Foto und Film“ präsent war. Die Tochter Hattula Moholy-Nagy, zur Eröffnung in Berlin, bestätigt, dass ihr Vater von dieser Stadt sehr stark beeinflusst worden ist.

**Gunter Lange** □

➡ Ausstellung László Moholy-Nagy. Kunst des Lichts, bis zum 16. Januar 2011 im Martin Gropius-Bau zu sehen, Eintritt neun Euro, Katalog, Hirmer Verlag, 29 Euro.

## KULTURTIPPS

**Willy - die spannende Geschichte eines deutschen Bundeskanzlers.** Zu einer Lesung für Kinder und Erwachsene ab 8 Jahren lädt die Tucholsky-Buchhandlung am 30. November. Die Autorinnen Sabine Carbon und Barbara Schnabel präsentieren das Buch „Willy - die spannende Geschichte eines deutschen Bundeskanzlers“ - Grußwort: Dr. Wolfram Hoppenstedt, Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Ein poppig-politisch erzähltes Buch über einen coolen Kater. Für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Eintritt frei.

**PM** □

➡ 30. November, Beginn 18.30 Uhr, Tucholsky-Buchhandlung, Tucholskystrasse 47, 10117 Berlin, Tel: 030/27577663

**Zeichnungen und Aquarelle aus der Nachkriegszeit von Egmont Schaefer (1908 - 2004)** zeigt das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie in einer Ausstellung in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus. Egmont Schaefer gehört zu den großen Zeichnern Berlins, die erst in einer späten Schaffensphase von einer breiten Öffentlichkeit entdeckt wurden.

**BS** □

➡ Eröffnung: Mittwoch, 8. Dezember 2010, 18 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Geöffnet Mi, Do, Fr 17 - 19 Uhr

# Admiralspalast wird wieder zur Eisfläche

Gastspiel des Moskauer Zirkus auf Eis am 16. Januar 2011 in Berlin

**Für ein Gastspiel des Moskauer Zirkus auf Eis am 16. Januar kommenden Jahres erhält der Admiralspalast wieder eine Eisfläche.**

Zwischen 1911 und 1923 war der Admiralspalast an der Friedrichstraße schon einmal ein bekanntes Eisrevue-Theater. Jetzt zeigt der Moskauer Eis-Zirkus im Rahmen seiner Europa-Tournee, was er an Artistik und Glamour auf Kufen, Akro-



Clowns des Moskauer Zirkus auf Eis. Foto: PR

batik, Jongleuren, Hochseilkünstlern, Eiskunstläufern und Clowns zu bieten hat. Versprochen wird schwungvoller Eistanz kombiniert mit bestem Zirkus als familienfreundliche Unterhaltung. Beginn ist am 16. Januar um 17 Uhr.

**PM** □

➡ Karten kosten zwischen 19,90 und 39,90 (erm. 9,90 bis 29,90) Euro. Ticket-Hotline: Admiralspalast Berlin, Telefonisch: 030 / 47994799, www.admiralspalast.de